

Einleitung

Ein »akademisches Sibirien«,¹ so lautet eine in der Literatur anzutreffende Zuschreibung für die Mecklenburgische Landesuniversität. Helmut Heiber verwendet die Bezeichnung im Zusammenhang mit der Versetzung des renommierten Rechtshistorikers Heinrich Mitteis von Wien an die Universität Rostock 1940. Mitteis war im November 1933, damals noch Professor an der Universität Heidelberg, als Dekan abgesetzt worden, da er für entlassene jüdische Kollegen eingetreten war und sich gegen die nationalsozialistisch geprägte Universitätsverfassung ausgesprochen hatte. 1934 konnte er an die Universität München wechseln, von wo aus ihn sein Weg 1935 an die Universität Wien führte, da er erhebliche Schwierigkeiten mit den nationalsozialistischen Machthabern hatte. Nach dem sogenannten Anschluss Österreichs 1938 wurde er von allen akademischen Ämtern suspendiert. Unter anderem wegen seines Renommées wurde jedoch auf Anweisung vom NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann davon abgesehen, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Stattdessen sollte er an einer »weniger exponierten« Universität in Norddeutschland untergebracht werden und kam so nach Rostock. Mitteis selbst empfand seine Berufung an die Warnow als »Strafversetzung« und »Verbannung«, was sicherlich auch so gedacht war.² Dass die Mecklenburgische Landesuniversität dazu diente, in Ungnade gefallene Professoren unterzubringen, zeigte sich 1941 erneut, als der Hämatologe Viktor Schilling hierhin versetzte wurde. Schilling, NSDAP-Mitglied seit 1933, war Ordinarius für Innere Medizin an der Universität Münster, als 1938 ein Dienststrafverfahren wegen zahlreicher unwahrer Aussagen gegen ihn eingeleitet und er von der Leitung der

1 Helmut Heiber: *Universität unterm Hakenkreuz*, Teil 1: *Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München u. a. 1991, S. 265 (künftig zitiert: Heiber, *Der Professor im Dritten Reich*).

2 Zu Heinrich Mitteis (1889–1952) siehe Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar: *Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 16)*, München 2007, S. 279–282 (künftig zitiert: Buddrus, *Professorenlexikon*). Die meisten der in dieser Arbeit erwähnten Professoren sind mit weiterführenden Informationen zu Lebenslauf, Funktionen oder auch Parteimitgliedschaften im *Professorenlexikon* zu finden, weshalb ein expliziter Hinweis auf die dortigen Einträge im Weiteren nicht erfolgt.

Universitätsklinik entbunden wurde. Obwohl es letztlich nicht zu einer Entlassung kam, sollte Schilling aufgrund des zerstörten Vertrauensverhältnisses Münster verlassen. Daher erfolgte seine Versetzung nach Rostock – gegen den ausdrücklichen Willen der dortigen Medizinischen Fakultät.³

Doch schon bevor die Mecklenburgische Landesuniversität von den Nationalsozialisten als Unterbringungsort für missliebige Professoren genutzt wurde, hatte sie nicht nur die schwierigen Zeiten der Weimarer Republik hinter sich. Die 1419 gegründete Institution⁴ – eine der ältesten deutschen und zugleich die älteste Universität im Ostseeraum⁵ – war weit entfernt von früheren Glanzzeiten des ausgehenden 16. Jahrhunderts, mit namhaften Gelehrten wie David Chytraeus, Tycho Brahe, Joachim Jungius,⁶ die die zeitgenössische Ehrenbezeichnung »lumen vandaliae« nach sich zogen.⁷ Schon zur Zeit der Französischen Revolution war aus der ehemals »reichen hansischen Bürgeruniversität« mit Vorrangstellung im Ostseeraum eine »arme[] mecklenburgische[] Landeshochschule« geworden.⁸ Rostock verkam

3 Vgl. Heiber, *Der Professor im Dritten Reich*, S. 430–434. – Buddrus, *Professorenlexikon*, S. 351–354.

4 Einen kompakten Überblick zur Entwicklung der Universität Rostock bietet Ernst Münch: *Universität* (künftig zitiert: Münch, *Universität*), in: *Rostock-Lexikon*. Alles über die Hanse- und Universitätsstadt, Rostock 2018, S. 522–526. – Ausführlicher sind hierzu die einschlägigen Universitätsgeschichten. Vgl. *Die Geschichte der Universität Rostock 1419–1969*. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. Im Auftrage des Rektors und des Wissenschaftlichen Rates verfaßt und herausgegeben von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn u. a., Bd. I: *Die Universität von 1419–1945*, Rostock 1969, passim (künftig zitiert: *Die Geschichte der Universität Rostock*, Bd. I). – Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock, hrsg. vom Rektor der Universität Rostock, Rostock 1994, S. 9–11 (künftig zitiert: *575 Jahre Universität Rostock*).

5 Vgl. *575 Jahre Universität Rostock*, S. 9–11.

6 Vgl. Hans-Uwe Lammel: *Konsolidierung und Wissenstransfer an der nachreformatorischen Rostocker medizinischen Fakultät bis 1650*, in: Jürgen Kiefer † u. a. (Hrsg.): *Der Ostseeraum aus wissenschafts- und kulturhistorischer Sicht* (= Europäische Wissenschaftsbeziehungen, Bd. 15), Aachen 2018, S. 99–118. – Münch, *Universität*, S. 522.

7 Vgl. Ernst Münch: »Urbs rosarum« und »Lumen Vandaliae«. Rostocks Blüte als Stadt und Universität in der Frühen Neuzeit, in: *Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock*, Bd. 34/35 (2018), S. 8–24. Die auch heute noch verwendete, wenn auch unsichere Übersetzung von »Lumen Vandaliae« mit »Leuchte des Nordens« stammt jedoch erst aus dem Jahr 1913. Der Urheber der lateinischen Bezeichnung aus dem Jahr 1587, Peter Lindenberg, verwendete derartige Lobpreisungen jedoch recht beliebig, wodurch eine solche zeitgenössische Zuschreibung an Substanz verliert.

8 Vgl. Matthias Ashe: *Von der reichen hansischen Bürgeruniversität zur armen mecklenburgischen Landeshochschule. Das regionale und soziale Besucherprofil der Universitäten Rostock und Bützow in der Frühen Neuzeit (1500–1800)* (= *Contubernium*. Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 52), Stuttgart 1999, passim (künftig zitiert: Ashe, *Universität Rostock*).

zunehmend zu einer »Familienuniversität« mit maroder Infrastruktur und teilweise deutlich unter 100 Studierenden. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts gelang es der Universität nur selten, etwa mit Gelehrten wie Oluf Gerhard Tychsen⁹ oder etwa der 1899 eingerichteten ersten Universitätsklinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten im Deutschen Reich herauszustecken.¹⁰

Grundsätzlich hatte Rostock im langen 19. Jahrhundert den Status einer Einstiegsuniversität. Hier begannen akademische Karrieren mit der Erstberufung, der nicht selten die Annahme eines Rufes an eine der renommierteren Hochschulen folgte, an deren Spitze die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin stand. Selbst unter diesen Einstiegsuniversitäten hatte Rostock einen der letzten Plätze – in Konkurrenz zur benachbarten, aber eben preußischen Universität Greifswald – inne.¹¹ Daran änderte sich auch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nur wenig, auch wenn es sich bei näherer Betrachtung ausdifferenzierte.¹² Insgesamt zählte die Mecklenburgische Landesuniversität zum Beginn der NS-Diktatur sowohl in Bezug auf die Zahl der Dozenten wie der Studierenden zu den kleinsten Universitäten.¹³

Das »Zeitalter der Ideologien«, wie Karl Dietrich Bracher das 20. Jahrhundert nannte, begann für die Mecklenburgische Landesuniversität nicht erst mit dem 30. Januar 1933 und dem Machtantritt Adolf Hitlers. Es begann bereits sieben Monate

9 Oluf Gerhard Tychsen (1734–1815) war ab 1763 zunächst Professor für Orientalische Sprachen an der Universität Bützow. Nach deren Auflösung 1789 wechselte er als herzoglicher Professor an die Universität Rostock über, wo er bis zu seinem Tod wirkte. Vgl. Eintrag von »Oluf Gerhard Tychsen« im *Catalogus Professorum Rostochiensium*, URL: <http://purl.uni-rostock.de/cpr/00002593> (20.5.2019).

10 Vgl. Münch, *Universität*, S. 522–524. – Die Klinik wurde von dem Rostocker Otologen Otto Körner (1858–1935) aufgebaut und in der Folge wurde er 1901 zum ersten deutschen Ordinarius für Ohren- und Kehlkopfheilkunde berufen. Vgl. Buddrus, *Professorenlexikon*, S. 12, 240.

11 Vgl. Marita Baumgarten: *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler* (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 121), Göttingen 1997, S. 12, 18, 205 f., 257 f., 272–275 (künftig zitiert: Baumgarten, *Professoren und Universitäten*).

12 Vgl. Buddrus, *Professorenlexikon*, S. 12–14. – *Die Geschichte der Universität Rostock*, Bd. I, S. 253. – Konrad Zimmermann: *Gottfried von Lücken – Rostocker Hochschullehrer in drei Systemen* (künftig zitiert: Zimmermann, *Gottfried von Lücken*), in: Gisela Boeck/Hans-Uwe Lammel (Hrsg.): *Rostocker gelehrte Köpfe. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises »Rostocker Universität- und Wissenschaftsgeschichte« im Wintersemester 2009/2010* (= *Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte*, Bd. 20), Rostock 2012, S. 81–97, hier 84 f. – Adolf Langfeld: *Mein Leben. Erinnerungen des mecklenburg-schwerinschen Staatsministers i.R. D. Dr. Adolf Langfeld, Schwerin 1930*, S. 222 (künftig zitiert: Langfeld, *Erinnerungen*).

13 Vgl. Michael Grüttner: *Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945* (= *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010*, Bd. 2), Berlin 2012, S. 575 (künftig zitiert: Grüttner, *Die Berliner Universität*).

zuvor im Sommer 1932, als die NSDAP mit ihrem Gauleiter Friedrich Hildebrandt¹⁴ an der Spitze die absolute Mehrheit bei den Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin¹⁵ errang. Damit kam der nicht bloß in der geographischen Peripherie gelegenen Landesuniversität eine wenig schmeichelhafte Avantgarde-Funktion zu. Denn Rostock unterstand nun – als erste Universität überhaupt – dem direkten und nicht durch einen Koalitionspartner noch gezügelten Zugriff der NSDAP und war somit ein potenzielles Experimentierfeld für nationalsozialistische Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Doch der Partei fehlte eine hochschul- und wissenschaftspolitische Programmatik.¹⁶ Zwar war die NSDAP-Landesregierung zunächst noch den »Spielregeln von Weimar« unterworfen, allerdings hinderte sie dies nicht an dem Versuch, in die Hochschule einzugreifen.¹⁷ Bereits im Herbst 1932 zeichnete sich ab, was nur Monate später zu den Charakteristika der NS-Hochschulpolitik zählen sollte: Beschneidung der traditionellen Hochschulautonomie und Personalauswahl nach politischen statt fachlichen Kriterien; auch wenn sich Letzteres in dieser Konsequenz nicht gänzlich durchhalten ließ.¹⁸ Die NS-Zeit war für die Universität Rostock in mehrfacher Hinsicht schwierig. Michael Buddrus und Sigrid Fritzlar konstatieren einen Weg in die

14 Ausführlich zu Friedrich Hildebrandt (1898–1948) siehe Ralf Salomon: Friedrich Hildebrandt – NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter in Mecklenburg. Sozialrevolutionär und Kriegsverbrecher, Bremen 2017 passim (künftig zitiert: Salomon, Friedrich Hildebrandt).

15 Es existierten über Jahrhunderte zwei formal strikt getrennte und staatsrechtlich zueinander sogar als Ausland geltende mecklenburgische Staaten: Mecklenburg-Schwerin, mit der Universität Rostock, und das deutlich kleinere Mecklenburg-Strelitz. Beide Freistaaten wurden erst am 1. Januar 1934 von Gauleiter Friedrich Hildebrandt zu einem Mecklenburg zusammengeführt. Der Einfachheit halber wird in dieser Abhandlung zumeist von Mecklenburg die Rede sein, denn eine Verwechslungsgefahr bezüglich der Universität besteht nicht. Vgl. Michael Buddrus/Sigrid Fritzlar: Landesregierungen und Minister in Mecklenburg. Ein biographisches Lexikon, Bremen 2012, S. 9, 14 f., 23 f., 41 f. (künftig zitiert: Buddrus, Landesregierungen).

16 In Punkt 20 des NSDAP-Parteiprogramms heißt es denkbar allgemein gehalten und insbesondere ohne jede Berücksichtigung der Wissenschaft: »Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen.« Zit. nach Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Die Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, 3., verbesserte und ergänzte Auflage, Köln 2009, S. 47 (künftig zitiert: Pätzold: Geschichte der NSDAP).

17 Vgl. Buddrus, Landesregierungen, S. 9, 38, 41. – Buddrus, Professorenlexikon, S. 7. – Michael Grüttner: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz (künftig zitiert: Grüttner, Die deutschen Universitäten), in: John Connelly/Ders. (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003 (künftig zitiert: Connelly, Autonomie und Anpassung), S. 67–100, hier S. 94–96. – Pätzold, Geschichte der NSDAP, S. 44–64. Das seit 1920 unveränderte Partei-Programm ist abgedruckt auf den Seiten 46–48.

18 Grüttner, Die deutschen Universitäten, S. 80 f.

hochschulpolitische Bedeutungslosigkeit.¹⁹ Juliane Deinert spricht von einem permanenten Existenzkampf,²⁰ der nicht bloß mit den Auswirkungen der wiederholten schweren Bombenangriffe auf die Stadt²¹ zu tun hatte.

Universität als Untersuchungsgegenstand – Fragestellung

An Universitäten wird Wissen generiert, memoriert, multipliziert und vermittelt. Diesen Prozess zu kontrollieren – also die Durchdringung der an den Hochschulen betriebenen Forschung und Lehre –, ist für ein totalitäres System politisch und gesellschaftlich von immanenter Bedeutung. Denn hier werden die zukünftigen (Funktions-)Eliten einer Gesellschaft herangebildet. Zudem kann durch wissenschaftliche Erkenntnisse die Durchsetzung totalitärer Vorstellungen in Staat und Gesellschaft maßgeblich vorangebracht werden.

Der Wissenschaftshistoriker Michael Grüttner charakterisiert Hochschulen daher als »potentielle Träger und Multiplikatoren der herrschenden Ideologie«,²² weshalb die Kontrolle von Hochschulen für die Diktaturen des 20. Jahrhunderts, ungeachtet ideologischer Vorzeichen, ein wichtiges Ziel gewesen ist. Somit kommt es in Diktaturen stets zu einem Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Forschung und Lehre werden allgemein im Sinne der jeweiligen Machthaber ausgerichtet, d.h. neue Institute und Studiengänge werden geschaffen sowie Veranstaltungsinhalte angepasst. Gleichzeitig geraten bestehende Institutionen unter Anpassungsdruck. Sie müssen sich der neuen Ideologie annähern, indem sie diese übernehmen oder zumindest alles unterlassen, was sie in Gegensatz zu ihr bringen kann. Lehrkörper und Studentenschaft werden nach ideologischen Kriterien »gesäubert«, was zu Massenentlassungen führt. Zudem hält in der Personalpolitik das Kriterium der »politischen Zuverlässigkeit« Einzug, das gerade bei Berufungen ausschlaggebend sein kann. Zusätzlich erfolgt eine Kontrolle des Zugangs zum Studium nach politischen – und im Falle des Nationalsozialismus auch »rassistischen« – Kriterien. Darüber hinaus wird die Selbstverwaltung der Hochschulen eingeschränkt oder ganz beseitigt und

19 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 30–34, 40.

20 Vgl. Juliane Deinert: Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 11), Rostock 2011, S. 195–202, 214–218, 221 f. (künftig zitiert: Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock).

21 Vgl. Hans-Werner Bohl u. a. (Hrsg.): Bomben auf Rostock. Krieg und Kriegsende in Berichten, Dokumenten, Erinnerungen und Fotos 1940–1945, Rostock 1995 passim (künftig zitiert: Bohl, Bomben auf Rostock).

22 Michael Grüttner: Schlussüberlegungen. Universität und Diktatur (künftig zitiert: Grüttner, Universität und Diktatur), in: Connelly, Autonomie und Anpassung, S. 265–276, hier S. 265.

die Leitungsposten an als politisch zuverlässig geltende Vertrauensleute übertragen. Dadurch erscheinen Hochschulen als integraler Bestandteil des jeweiligen Regimes. Nicht zuletzt schränken totalitäre Diktaturen die internationale Vernetzung der Hochschulen ein.

Allerdings, so Grüttner weiter, führen solche Eingriffe und die Abschottung zu erheblichen Problemen. Wenn Personalpolitik vorrangig an ideologischen und nicht an akademischen Kriterien ausgerichtet wird, reduziert dies die Leistungsfähigkeit und damit den »Gebrauchswert« einer Universität für ein Regime. Eine Abschottung von der internationalen *scientific community* wiederum kann die Entwicklung eines Faches enorm hemmen, da der Erkenntnisaustausch beeinträchtigt wird. Somit besteht, wie Michael Grüttner konstatiert, in modernen Diktaturen zwangsläufig ein prinzipielles Spannungsverhältnis zwischen der Schaffung ideologischer Uniformität und politischer Loyalität auf der einen und dem Bedarf des Systems nach qualifizierten Fachkräften auf der anderen Seite. Er leitet daraus ab, dass dieser Bedarf die Grenzen einer Diktatur markiert, wenn sie nicht auf Effizienz im wirtschaftlichen, technischen und nicht zuletzt militärischen Bereich verzichten will. Wandelt ein totalitäres Regime eine Universität zum Produzenten von Ideologie und von linientreuen Funktionären um, reduzieren sich die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch der Nutzen für das Regime. Wird hingegen auf rigorose politische Kontrolle verzichtet, entsteht für das Regime die Gefahr, dass durch mehr Autonomie Hochschulen auf Abwege geraten. Somit oszilliert der hochschulpolitische Kurs totalitärer Regime zwischen radikaler Politisierung und der Hofierung wissenschaftlicher Spezialisten auch mit ambivalenter politischer Loyalität.²³

Obwohl Diktaturen die Wissenschaftsfreiheit massiv einschränken, erhebt sich nur selten Widerstand an den Universitäten gegen die Etablierung dieser Diktaturen. Es gibt zwar Kritik an den Eingriffen sowie Bestrebungen, die Autonomie der Universität zu bewahren. Diese werden jedoch meist von kleinen Gruppen oder gar nur Individuen vorgebracht, wohingegen die Institution Universität zur Anpassung neigt. Grüttner führt dies darauf zurück, dass Hochschulen oft staatliche Institutionen sind, die durch öffentliche Gelder getragen werden. Somit gebe es fast immer in Teilen der Hochschulen die Bereitschaft, das neue Regime zu stützen.²⁴ Hochschulen erweisen sich dabei als ziemlich beständige Institutionen.²⁵

23 Vgl. Grüttner, Universität und Diktatur, S. 265–276.

24 Vgl. Ebd., S. 268 f.

25 Vgl. Sabine Schleiermacher: Hochschule in politischen Umbrüchen. Eine vergleichende Perspektive (künftig zitiert: Schleiermacher, Hochschule in politischen Umbrüchen), in: Dies./Udo Schagen (Hrsg.): Wissenschaft macht Politik. Hochschulen in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945 (= Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Bd. 3), Stuttgart 2009, S. 7–18, hier S. 17 f. (künftig zitiert: Schleiermacher, Wissenschaft macht Politik).

Für die Zeit des »Dritten Reiches« darf zudem nicht vergessen werden, dass gut die Hälfte der zwölf Jahre währenden Diktatur durch den vom NS-Regime verursachten Zweiten Weltkrieg geprägt war, was sich entsprechend auf die Rahmenbedingungen auch für Hochschulen ausgewirkt hat.

In den vergangenen Jahren sind immer wieder Universitätsjubiläen Anlass oder Ausgangspunkt für Universitätsgeschichten gewesen, die in unterschiedlichem Umfang die NS-Zeit beleuchten.²⁶ Auch zentrale Wissenschaftseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft, damals noch Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, haben ihre NS-Vergangenheit umfassend untersuchen lassen. Somit ist der Forschungsstand zur Wissenschafts- und Institutionengeschichte im »Dritten Reich« gerade in den vergangenen zwei Jahrzehnten stetig gewachsen. Warum nun also noch eine Studie zur Mecklenburgischen Landesuniversität, die eine der kleinsten Hochschulen des Deutschen Reiches war? Zunächst einmal hat jede Hochschule ein eigenes Profil sowie eine eigene Entwicklungsgeschichte und ist stets von regionaler Bedeutung und ein Teil regionaler Geschichte. Nicht zuletzt kommt bei Hochschulen auch zum Ausdruck, was deren Träger – in diesem Fall das Land Mecklenburg(-Schwerin) – sich leisten konnte und wollte, um Forschung und Lehre zu fördern. Um die Wirkungsweise totalitärer Systeme zu analysieren, ist es lohnend, sich auf die regionale Ebene zu begeben. Denn auch hier findet die Umsetzung totalitärer Politik statt.

Nach wie vor gehört eine Untersuchung zur Rolle der Universität Rostock in der NS-Zeit zu den Desideraten. Ebenso wenig ist bisher untersucht, welche Akzente die NSDAP-Alleinregierung in Schwerin in den sieben Monaten bis zur Machtergreifung, aber auch danach, versuchte, im Bereich nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik zu setzen.²⁷ Freilich ist es nicht das Ziel dieser Studie, eine Geschichte der Hochschul- und Wissenschaftspolitik des Landes Mecklenburg(-Schwerin) zu schreiben. Da das Land aber nur über eine Universität verfügte, ist es naheliegend, dass durch die Untersuchung der Mecklenburgischen Landesuniversität auch Schlaglichter auf die mecklenburgische Wissenschafts- und Hochschulpolitik geworfen werden können. Die Möglichkeit einer aus Schwerin (mit)gestalteten Hochschul- und Wissenschaftspolitik an der eigenen Landesuniversität bestand nämlich in dem Rahmen fort, den ein totalitäres Regime mit einem nie gänzlich überwundenen Föderalismus im Hochschulbereich bot, da vor allem die Finanzierung der Einrichtungen weiterhin aus den Landeshaushalten erfolgte.

Die Polykratie des NS-Herrschaftssystems schuf nämlich Freiräume und neue Handlungsmöglichkeiten für Wissenschaftseinrichtungen wie die deutschen Hoch-

26 Vgl. das Kapitel zum Forschungsstand, S. 21–29.

27 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 7.

schulen.²⁸ Dazu dürfte nicht zuletzt die fehlende und für Staat und Partei verbindliche Wissenschaftstheorie des NS-Regimes beigetragen haben.²⁹ Der Nationalsozialismus war dabei ein breiter Rahmen, in dem sich eben auch Wissenschaftler bewegen konnten und sowohl Regime wie Forscher zum eigenen Vorteil zu nutzen versuchten. Dazu gehörte, dass durchaus unterschiedliche wissenschaftliche Positionen erlaubt waren.³⁰ Es ist in der Forschung für die NS-Zeit inzwischen bekannt, dass auch für die Analyse des »Führerstaats« keineswegs auf regionalgeschichtliche Ansätze verzichtet werden kann. Voraussetzung ist dabei, nicht auf die Region als Handlungsebene fokussiert zu sein, sondern im Sinne »moderner Regionalgeschichte« ein räumlich begrenztes Fallbeispiel im Hinblick auf generelle Fragestellungen zu untersuchen,³¹ so etwa die einzige Universität Mecklenburgs. Denn jeder Gau, jede Region besaß seine Eigenheiten, die es zu untersuchen gilt, was auch für die bisweil wenig beachteten wissenschafts- und hochschulpolitischen Kompetenzen zutrifft. Daraus resultiert ein Spannungsfeld zwischen Zentralismus und Regionalismus.³² Somit nimmt diese Arbeit die Region Mecklenburg und den Umgang der dortigen Akteure mit der einzigen Universität in den Blick.

Die traditionell zersplitterte deutsche Wissenschaftslandschaft lässt es sinnvoll erscheinen, sich dem Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus nicht aus der Vogelperspektive, sondern anhand exemplarischer Untersuchungen einzelner Institutionen anzunähern. Denn keine Institution allein kann wegen der wis-

28 Vgl. Helmut Maier: Forschung für den »autarken Wehrstaat«. Technische Hochschulen im »Dritten Reich« (künftig zitiert: Maier, Technische Hochschulen), in: Noyan Dinçkal u. a. (Hrsg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im »Dritten Reich«, Darmstadt 2010, S. 25–45, hier S. 28.

29 Vgl. Hellmut Seier: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat (künftig zitiert: Seier, Universität), in: Klaus Malettke (Hrsg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1503), Göttingen 1984, S. 143–165, hier S. 143 f.

30 Vgl. Isabel Heinemann/Patrick Wagner: Einleitung (künftig zitiert: Heinemann, Einleitung), in: Dies./Patrick Wagner (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 1), Stuttgart 2006, S. 7–21, hier S. 8 f., 12 (künftig zitiert: Heinemann, Wissenschaft – Planung). – Schleiermacher, Hochschule in politischen Umbrüchen, S. 8 f., 13 f.

31 Vgl. Jürgen John u. a.: Vorwort der Herausgeber, in: Jürgen John u. a. (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittlerinstanzen im zentralistischen »Führerstaat« (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2007, S. 7–11 (künftig zitiert: John, NS-Gaue). – Thomas Schaarschmidt: Regionalität im Nationalsozialismus – Kategorien, Begriffe, Forschungsstand, in: John, Die NS-Gaue, S. 13–21.

32 Vgl. Jürgen John: Die Gaue im NS-System (künftig zitiert: John, Gaue im NS-System), in: John, NS-Gaue, S. 22–55, insbesondere S. 30 f., 39 f., 42, 53.

senschaftlichen und politischen Vielfalt und Dynamik einen Anspruch auf Repräsentativität erheben.³³

Die neuere Forschung zeigt dabei, dass den Zentralisierungstendenzen starke Dezentralisierungstendenzen entgegengesetzt waren. Für die Hochschulen gilt dies ganz besonders. Deren »Verreichlichung«, so der zeitgenössische Terminus, stand dem Machtanspruch der Gauleiter entgegen, die auf »ihre« Universität Einfluss ausüben wollten. Zudem waren Hochschulen in der Weimarer Republik traditionell Ländersache gewesen. Erfolgreich war die »Verreichlichung« vor allem im Bereich der Personalpolitik, wie etwa bei der Berufung von Professoren, der Besetzung akademischer Ämter, der Kontrolle über die Erteilung der Lehrbefugnis und die politische Kontrolle des Zugangs zum Hochschullehrer. Allerdings blieben in der NS-Zeit die Hochschulfinanzen und Personalentscheidungen etwa bei Assistenten, freilich im Rahmen zentraler Vorgaben, in der Hand der Länder, und damit auch immer im Einflussbereich der Gauleiter. Die Gauleiter setzten sich unterschiedlich intensiv für ihre Hochschulen ein und versuchten, den Zentralisierungsbestrebungen des 1934 gegründeten Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) entgegenzuwirken. Dies lässt sich etwa beim thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel beobachten, der erheblich Einfluss auf die internen Verhältnisse an der Universität Jena nahm. Zudem verfügten die Gauleiter durch die regionalen Ableger des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes über weitere Einflussmöglichkeiten. Die regionalen Leiter beider Bünde standen nämlich in einem doppelten Loyalitätsverhältnis: zu den jeweiligen Reichsführern auf der einen und dem Gauleiter auf der anderen Seite. Bisweilen mischten sich die Gauleiter auch in die Wissenschaftspolitik ein. Allerdings beließen sie es dabei in der Regel bei Interventionen in Personalfragen, wohl auch, weil ihnen oft die wissenschaftliche Kompetenz für ein weitergehendes, gestalterisches Eingreifen fehlte. Ebenso konnten Gauleiter beim zuständigen REM die Absetzung von ihnen nicht bzw. nicht mehr genehmen Rektoren erwirken oder ihre Wunschkandidaten durchsetzen, selbst wenn die notwendigen Voraussetzungen für das Rektorenamt, wie etwa das Ordinariat, fehlten. Ein Rektor, der erfolgreich arbeiten wollte, musste also um ein gutes Verhältnis zum Gauleiter bemüht sein, denn das REM war erstens vor Ort nicht präsent und besaß zweitens kein Weisungsrecht gegenüber NSDAP-Vertretern. Die Gauleiter hingegen verfügten neben ihrem Parteiamt auch über staatliche Ämter wie die des Reichsstatthalters, des

33 Vgl. Rüdiger Hachtmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung (künftig zitiert: Hachtmann, KWG 1933 bis 1945), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 56 (2008), H. 1, S. 19–52, hier S. 19–21.

Ministerpräsidenten, Oberpräsidenten oder Kultusministers, wodurch sie Staat und Partei gleichzeitig repräsentierten.³⁴

Es lohnt sich daher, anhand nachfolgender Fragen zu untersuchen, wie die Mecklenburgische Landesuniversität in diesem Spannungsfeld von zentralen und regionalen Machtinstanzen, staatlicher und nicht-staatlicher, d.h. primär der NSDAP und ihrer Organisationen, Provenienz agierte, welche Rolle der Mecklenburgische Gauleiter Friedrich Hildebrandt dabei einnahm und wie die *regionalen hochschulpolitischen Akteure*³⁵ die erste deutsche Diktatur für die Zwecke der Universität Rostock zu nutzen versuchten:

- Inwieweit trug die Universität Rostock mit dem Einsatz und der Zurverfügungstellung wissenschaftlicher Kompetenz dazu bei, das NS-Regime zu stärken, zu stabilisieren, zu legitimieren und im Hinblick auf die Kriegsvorbereitungen beziehungsweise Kriegsführung zu unterstützen?
- Welche Funktion(en) wurden dabei der Universität Rostock zugedacht bzw. wollte sie selbst übernehmen?
- Wie versuchten die regionalen hochschulpolitischen Akteure, den NS-Staat im Spannungsfeld von staatlichen, parteiamtlichen und nicht-staatlichen Stellen für die Zwecke der Mecklenburgischen Landesuniversität zu nutzen? Welchen Gestaltungsspielraum gab es?
- Welche Motive lassen sich für die regionalen hochschulpolitischen Akteure ausmachen und welche Strategien entwickelten sie? Wurde dabei an vorherige Entwicklungslinien angeknüpft und wenn ja, an welche?
- Welchen Stellenwert hatte die mehr als ein halbes Jahrtausend währende Tradition der Universität für die regionalen hochschulpolitischen Akteure?
- Wie diente sich die akademische Elite der Mecklenburgischen Landesuniversität den neuen Machthabern an – erfolgte eine »Selbstmobilisierung«³⁶ oder wurden Initiativen eher oktroyiert?

34 Vgl. Michael Grüttner: Hochschulpolitik zwischen Gau und Reich (künftig zitiert: Grüttner, Hochschulpolitik), in: John, Die NS-Gaue, S. 177–193.

35 Zum Begriff siehe Einleitung S. 32–34.

36 Der Begriff »Selbstmobilisierung« bezeichnet »die nicht auf Zwang, sondern zumeist auf nationalistischer Überzeugung beruhende Bereitschaft von Natur- und Technikwissenschaftlern, dem NS-Regime jene Waffen an die Hand zu geben, derer es für einen sechsjährigen Krieg gegen den Rest der Welt bedurfte, ebenso die Begeisterung, mit der Geistes- und Sozialwissenschaftler der politischen Führung Vorschläge für die Neuordnung Europas unterbreiteten«. Heinemann, Einleitung, S. 9. – Zu dem bereits 1974 von Karl Heinz Ludwig geprägten Begriff vgl. Lothar Mehrrens: Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie (künftig zitiert: Mehrrens, Kollaborationsverhältnisse), in: Christoph



Postkarte vom Universitätshauptgebäude mit dem Blücher-Denkmal im Vordergrund aus dem Jahr 1937.

- Welche Interaktionen und Wechselwirkungen zwischen der Universität Rostock und dem NS-Regime können dabei ausgemacht werden? »Politik und Wissenschaft« werden dabei im Sinne von Mitchell G. Ash als »Ressourcen für einander«³⁷ verstanden.
- Zuletzt bleibt noch die Frage zu klären, inwieweit davon ausgegangen werden kann, dass die Mecklenburgische Landesuniversität gerade in der NS-Zeit am Abgrund der Bedeutungslosigkeit stand.

Meinel/Peter Voswinckel (Hrsg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994, S. 13–32, hier S. 27–29.

37 Vgl. Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander (künftig zitiert: Ash, Wissenschaft und Politik), in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51 (künftig zitiert: vom Bruch, Wissenschaften).

Ein- und Abgrenzung des Themas

Eine Universität mit Dutzenden von Fachrichtungen und einer Vielzahl von Akteuren zu untersuchen, macht gewisse Eingrenzungen unabdingbar. Nicht zuletzt, um den Rahmen der Untersuchung nicht zu überdehnen. Daher werden sowohl die Medizinische als auch die Theologische Fakultät ausgeklammert.

Die Medizinische Fakultät war nach Anzahl der Professoren und Studierenden die größte der Mecklenburgischen Landesuniversität im Untersuchungszeitraum und hatte auch den höchsten Anteil an NSDAP-Mitgliedern unter ihren Professoren zu verzeichnen.³⁸ Außerdem rekrutierte sich die Mehrzahl der Rektoren und NS-Funktionäre an der Universität aus ihrem Kreis.³⁹ Die Entscheidung, sie trotz ihrer Bedeutung – auch vor dem Hintergrund des dürftigen Forschungsstandes – auszulassen,⁴⁰ resultiert aus zwei Aspekten. Erstens waren die medizinischen Einrichtungen der Hochschule für die Stadt Rostock, aber auch für die medizinische Versorgung des Landes Mecklenburg(-Schwerin) unentbehrlich. Daher stand dieser Bereich bei allen Einsparungsszenarien, mit denen die Universität sich wiederholt konfrontiert sah, am wenigsten zur Disposition. Der Legitimationsdruck auf die nicht-medizinischen Fächer blieb dagegen stets entsprechend groß.⁴¹ Zweitens war

38 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 22 f., 40 f.

39 Von den insgesamt sechs Rektoren von 1932 bis 1945 gehörten Kurt Poppe (Rektor 1932/33), Ernst-Heinrich Brill (1936/37), Ernst Ruickoldt (1937/1941), Otto Steurer (1941/44) und Kurt Wachholder (1944/45) zur Medizinischen Fakultät, und nur Paul Schulze (Rektor 1933/36) entstammte der Philosophischen Fakultät, zu der sowohl die geistes- als auch die naturwissenschaftlichen Fächer gehörten. Die beiden langjährigen NS-Dozentenbundführer Heinrich Gißel (1935–1944) und Kurt Neubert (in Vertretung Gißels 1940–1945) gehörten ebenfalls der Medizinischen Fakultät an. Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 30–32, 83–85, 162 f., 296 f., 316 f., 339–341, 374 f., 391 f., 417–419, 453 f., 476 f., 480–485, 498 f.

40 So haben etwa Kathleen Haack und Ekkehardt Kumbier vom Arbeitsbereich Geschichte der Medizin an der Universität Rostock in den vergangenen Jahren mehrfach zum Thema Euthanasie in Mecklenburg publiziert. Größere Publikationen, insbesondere Monographien, die das Wirken der Medizinischen Fakultät in den Blick nehmen, fehlen bislang. Vgl. dazu die Auswahlbibliographie von Kumbier (<https://geschmed.med.uni-rostock.de/forschung/publikationen/ekkehardt-kumbier/> (8.4.2019)) und Haack (<https://geschmed.med.uni-rostock.de/forschung/publikationen/publikationen-aus-dem-arbeitsbereich/> (8.4.2019)). – Kathleen Haack/Ekkehardt Kumbier: Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung von Mecklenburg und spezifisch Rostock, in: Gisela Boeck/Hans-Uwe Lamm (Hrsg.): Die Universität Rostock in den Jahren 1933–1945. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises »Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« im Sommersemester 2011 (=Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 21), Rostock 2012, S. 227–242 (künftig zitiert: Boeck, Universität Rostock).

41 Vgl. Universität Rostock als »akademisches Sibirien«, S. 42–60.

es gerade in den Jahren des »Dritten Reiches« für die regionalen Akteure wichtig, die Volluniversität Rostock zu erhalten. Somit mussten die nicht-medizinischen Disziplinen erhalten und ausgebaut werden. Angesichts der damaligen Rahmenbedingungen war dies ein schwieriges Unterfangen. Da das NS-Regime gerade bei Fortdauer des Krieges vor allem die Ausbildung von Medizinern priorisierte,⁴² zählte diese Berufsgruppe – wie gemeinhin bekannt – insgesamt zu den »großen ›Gewinnern‹ des ›Dritten Reiches‹«. ⁴³ In der vorliegenden Studie geht es deshalb darum, die Bereiche zu untersuchen, die für den Erhalt der *universitas litterarum* hohe Bedeutung hatten.

Die Theologische Fakultät bleibt ebenfalls unberücksichtigt. Denn die Arbeit konzentriert sich darauf, die Zusammenarbeit und die daraus resultierenden Entwicklungsmöglichkeiten zwischen der Universität Rostock und dem NS-Staat zu untersuchen. Bei dieser Fakultät sind die Ausgangsbedingungen allerdings anders, sodass sie eine eigene Untersuchung⁴⁴ wert ist. Das Verhältnis zwischen NS-Staat und Kirchen drängte die Theologischen Fakultäten der deutschen Universitäten in eine Sonderrolle. In Rostock kommt hinzu, dass die Theologische Fakultät nach der Ernennung des neuen Reichsbischofs Ludwig Müller geschlossen zur sogenannten Bekennenden Kirche übertrat, also einer innerkirchlichen Gegenbewegung zu den sich klar zum Nationalsozialismus bekennenden sogenannten Deutschen Christen, zu denen auch Müller gehörte. Außerdem verlor die Theologische Fakultät innerhalb der Mecklenburgischen Landesuniversität nahezu jede Bedeutung, wie etwa an den Immatrikulationen zu erkennen ist. Obwohl sich Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt wiederholt für eine Schließung der Fakultät einsetzte, konnte er sich in der Schweriner Landesregierung nicht durchsetzen. Die Theologie spielte in den hochschulpolitischen Vorstellungen der Landesregierung keine beziehungsweise nur eine untergeordnete Rolle. Im Sinne der *universitas litterarum* sollte die Fakultät aber keineswegs ohne Weiteres aufgegeben werden.⁴⁵ Auffällig an der

42 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 27 f., 30–32. – Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, S. 184 f., 202–212, 238, 271 f., 277, 280, 286–288, 301 f., 346, 352 f., 389.

43 Konrad H. Jarausch: Deutsche Studenten 1800–1970 (= Edition Suhrkamp 1258, Neue Folge Bd. 258), Frankfurt/Main 1984, S. 178, 186 (Zitat, ebd., S. 178) (künftig zitiert: Jarausch, Deutsche Studenten).

44 Ein vor längerer Zeit erschienener Sammelband zur Rostocker Theologie und zu innerkirchlichen Auseinandersetzungen in Mecklenburg bietet sieben Aufsätze zur NS-Zeit. Allerdings sind fünf davon Nachdrucke älteren Datums und die anderen zwei Wiedergaben von Ansprachen einiger damaliger Akteure, siehe Heinrich Holze (Hrsg.): Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933–1989. Festschrift für Gert Haendler zum 80. Geburtstag (= Rostocker theologische Studien, Bd. 13), Münster 2004, S. 17–116. Eine umfassende Untersuchung in Form einer Monographie steht aber noch aus.

45 Vgl. Krise der 1920er-Jahre und erste Universität unter NS-Herrschaft, S. 52, 59 f., 80 f. – Zwischen »Selbstmobilisierung« und Lethargie, S. 210 f., 229, 235–237, 242 f.

Theologischen Fakultät ist, dass sich überdurchschnittlich viele SA-Mitglieder und zum Ende der Weimarer Republik auch übermäßig viele Mitglieder des NS-Studentenbundes in ihren Reihen befanden. Gleichzeitig stellte sich die Fakultät aber eben gegen Reichsbischof Müller. Die daraus resultierende inneruniversitäre Auseinandersetzung wurde zum willkommenen Anlass genommen, das »Führer-Prinzip« an der Landesuniversität zu verankern.⁴⁶

Die für Arbeiten zur NS-Zeit typischen Themen von rassistisch-politisch motivierter Verfolgung und Diskriminierung ebenso wie die verschiedenen Formen von Widerstand werden in der vorliegenden Studie ebenfalls nicht eingehend thematisiert. Die wenigen Fälle sind bekannt⁴⁷ und umfangreichere Funde darüber hinaus nicht mehr zu erwarten. Zu beachten ist, dass etwa der Anteil von Juden an der Bevölkerung in Mecklenburg nur gut ein Zehntel des Reichsdurchschnitts betrug und auch die Zahl jüdischer Studierenden deutlich niedriger als an anderen Hochschulen war. So kam auch die antisemitische ministerielle Vorgabe des NS-Regimes, wonach maximal 1,5 Prozent der Studierenden einer Universität Juden sein durften, in Rostock nie zum Tragen.⁴⁸

Größere Widerstandshandlungen waren an der Mecklenburgischen Landesuniversität weder unter Lehrenden noch unter Studierenden zu finden. Juliane Deinert bietet dazu in ihrer Dissertation die folgende Erklärung: Die Studentenschaft der Universität Rostock sei zu klein gewesen, um einen Andersdenkenden in der Anonymität der Masse zu schützen. Somit wäre die Gefahr, als Widerständler verdächtigt

46 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 23, 31 f., 35, 49–51, 478. – Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, S. 66, 86–97, 108–110, 146 f., 164, 167, 198, 207, 280–287, 312, 335–342, 346, 349, 352 f., 389, 393 f., 420. – Anne C. Nagel: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt/Main 2012, S. 287–293. (künftig zitiert: Nagel, Das REM).

47 Vgl. Auswirkungen der NS-Wissenschafts- und Hochschulpolitik, S. 60–63. – Rostocker Institut für Mikrobiologie, S. 337, 343–345.

48 Vgl. Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg. Die Tagungen des Gauleiters Friedrich Hildebrandt mit den NS-Führungsgremien des Gaues Mecklenburg 1939–1945. Eine Edition der Sitzungsprotokolle. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, eingeleitet und kommentiert von Michael Buddrus unter Mitarbeit von Sigrid Fritzlär und Karsten Schröder (= Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns, Bd. 10), Bremen 2009, S. 43 (künftig zitiert: Buddrus, Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg). – Michael Buddrus/Sigrid Fritzlär: Die Städte Mecklenburgs im Dritten Reich. Ein Handbuch zur Stadtentwicklung im Nationalsozialismus, ergänzt durch ein biographisches Lexikon der Bürgermeister, Stadträte und Ratsherren, Bremen 2011, S. 75 f. (künftig zitiert: Buddrus, Städte Mecklenburgs). – Michael Buddrus/Christoph Wegner: Jüdische Studenten und Professoren an der Universität Rostock 1843–1939. Zahlen und Schicksale, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, 19. Jg. (2015), H. 2, S. 5–21, hier S. 6–16. – Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, S. 252–266.

und angezeigt zu werden, hoch gewesen, weswegen potenzielle Widerständler eher auf größere Hochschulen ausgewichen seien.⁴⁹ Diese Hypothese macht auch plausibel, weshalb es keinen nennenswerten Widerstand unter den Rostocker Hochschullehrern gab. Denn diese bildeten ebenso eine kleine Gruppe – selbst in der Spitzenzeit waren es weniger als 90 Personen⁵⁰ –, in der sicherlich jeder jeden kannte. Dies trifft ebenso für das Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren zu. Unangepasstes, regimekritisches oder gar regimefeindliches Verhalten wäre daher alsbald aufgefallen und hätte für die Betroffenen entsprechende Konsequenzen gehabt.⁵¹ Ein Schutz vor Repressalien durch die Anonymität der Masse war in dem personell überschaubaren Milieu der Universität Rostock daher nicht vorhanden.

Nach der sogenannten Machtergreifung waren an der Mecklenburgischen Landesuniversität nur sehr wenige Personen von den »Säuberungen« betroffen, d.h. es scheint dort ohnehin kaum offen anti-nationalsozialistisch eingestellte Dozenten gegeben zu haben. Nationalsozialistischen Durchdringungsversuchen, die gerade in den ersten Jahren von der Studentenschaft getragen wurden, traten auch die Professoren in Rostock wie in den meisten anderen Hochschulen nicht entgegen.⁵²

Forschungsstand, Quellen- und Archivalage

In den vergangenen Jahrzehnten durchlief die Wissenschaftsgeschichte zum »Dritten Reich« einen Paradigmenwechsel, der sich durch eine Abkehr von zumeist apologetischen hin zu differenzierten Darstellungen auszeichnet. Ebenso sind Strukturen der NS-Wissenschaftspolitik erst im vergangenen Jahrzehnt umfassend aufgearbeitet worden.⁵³ Lutz Raphael konstatierte schon vor annähernd 20 Jahren eine »kaum noch zu überblickende Fülle an neuen Forschungsergebnissen zu allen wesentlichen

49 Vgl. Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, S. 151–158.

50 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 500 f.

51 Dies zeigen einige Vorkommnisse der 1930er-Jahre, die aber ohne nennenswerte Konsequenzen für die Beteiligten blieben. Vgl. Universitätsarchiv Rostock (UAR), 2.02.1, Akte 18, Bl. 1067, NSDAP-Kreisleitung Rostock-Stadt, Der Kreisleiter an den Herrn Rektor der Universität Rostock, 20.5.1938; ebd., Bl. 1069, Der Rektor an den Kreisleiter Rostock-Stadt, Pg. Dettmann; ebd., Bl. 1072, Aktennotiz, Besprechung mit dem Vertreter der Dozentenschaft bei der Juristischen Fakultät, 24.5.1938. – Buddrus, Professorenlexikon, S. 432 f.

52 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 18–21, 500 f.

53 Vgl. Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 1 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 15/1), Göttingen 2007, S. 1, 56–58, 59, 63 f. Für Angaben zur weiterführenden Literatur siehe ebd. (künftig zitiert: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1). – Nagel, Das REM, S. 16–18.

Aspekten der Wissenschaftsgeschichte des NS-Regimes«. ⁵⁴ Bezogen auf den Bereich Hochschulen sieht das Bild ähnlich aus. So sind zahlreiche Studien zu einzelnen Universitäten – etwa in Form von Gesamtdarstellungen oder Einzelfallstudien – und einer Vielzahl von Wissenschaftsdisziplinen oder anderen Aspekten des Hochschul- und Wissenschaftsmilieus entstanden. ⁵⁵ Eine Gesamtdarstellung zu den deutschen Hochschulen in der NS-Zeit ist nach wie vor ein Desiderat. Helmut Heiber, der für ein solch ambitioniertes Vorhaben Anfang der 1990er-Jahre erste Publikationen vorgelegt hat, konnte sein Gesamtwerk aber nicht mehr vollenden. ⁵⁶

Für manche Universitäten kann die Forschungslage inzwischen als gut bezeichnet werden. ⁵⁷ Für Rostock trifft dies allerdings nicht zu. ⁵⁸ Heiber selbst gestand bereits vor gut drei Jahrzehnten ein, dass Rostock ein »Ausnahmefall« sei, zu dem seine Unterlagen »nicht sehr umfangreich sind«. Er stütze sich daher auf die Rostocker Publikationen – »das ›dressing‹ des marxistischen Gruselkabinetts und den z. T. puren Aberwitz gut abgespült«. ⁵⁹ Mit dieser Zuspitzung spricht er ein zentrales Problem der Rostocker Universitätsgeschichte an: Die NS-Vergangenheit ist im größeren Umfang bislang nur durch DDR-Historiker unter Leitung des Rostocker

54 Lutz Raphael: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27. Jg. (2001), H. 1, S. 5–40, hier S. 7 (künftig zitiert: Raphael, Radikales Ordnungsdenken).

55 Eine Zusammenstellung von Literaturangaben ist zu finden bei: Buddrus, Professorenlexikon, S. 7f. – Für Publikationen aus jüngerer Zeit sei außerdem exemplarisch hingewiesen auf: Henrik Eberle: »Ein wertvolles Instrument«. Die Universität Greifswald im Nationalsozialismus, Köln u. a. 2015 (künftig zitiert: Eberle, Die Universität Greifswald). – Martin Göllnitz: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945) (= Kieler Historische Studien, Bd. 44), Ostfildern 2018 (künftig zitiert: Göllnitz, Der Student als Führer). – Jürgen John/Rüdiger Stutz: Die Jenaer Universität 1918–1945, in: *Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995*. Herausgegeben von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln u. a. 2009, S. 270–587 (künftig zitiert: Universität Jena). – Grüttner, Die Berliner Universität. – Schleiermacher, Wissenschaft macht Politik.

56 Vgl. Heiber, Der Professor im Dritten Reich. – Ders., Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Bd. 1: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u. a. 1992. (künftig zitiert: Heiber, Die Kapitulation der Hohen Schulen, Bd. 1). – Ders., Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Bd. 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u. a. 1994. (künftig zitiert: Heiber, Die Kapitulation der Hohen Schulen, Bd. 2).

57 Vgl. Mario Daniels: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklungen des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964* (= *Contubernium*, Bd. 71), Stuttgart 2009, S. 13 (künftig zitiert: Daniels, *Geschichtswissenschaft*).

58 Für eine Übersicht zum Forschungsstand zur Universität Rostock vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 7–10. Auf die wenigen, nach dem vorgenannten Lexikon noch erschienenen Publikationen wird im Nachfolgenden noch eingegangen.

59 Heiber, Die Kapitulation der Hohen Schulen, Bd. 2, S. 753.

Geschichtspersons Gerhard Heitz ⁶⁰ anlässlich des 550-jährigen Jubiläums 1969 behandelt worden. In die zweibändige Festschrift flossen auch die Ergebnisse einiger Dissertationen unter anderem zur NS-Zeit ⁶¹ der Universität Rostock ein. ⁶² Auffällig ist die Gewichtung, die eine politische Ausrichtung der Jubiläumsschrift in Verbindung mit einem politischen Legitimationsbedürfnis erkennen lässt. ⁶³ Der erste Band umfasst die Zeit von 1419 bis 1945 und der zweite mit etwa gleichem Umfang die Jahre 1945 bis zur 3. Hochschulreform 1968/69. Damit sollte ausgedrückt werden, »daß die letzten zwei Jahrzehnte größere Veränderungen und Fortschritte gebracht haben als die davor liegende Zeitspanne von 530 Jahren«. ⁶⁴ Die Zielsetzung des 1961 begonnenen Projektes war »eine marxistisch-leninistische Gesamtdarstellung zur Geschichte der Universität Rostock«. ⁶⁵ Diese »durchweg dem parteiamtlichen Interpretationsmuster« folgende Ausrichtung von in der DDR publizierten Arbeiten zur Hochschulgeschichte macht ihre Verwendung schwierig, selbst wenn vereinzelt durchaus präzise gearbeitet wurde. ⁶⁶ Somit sind die DDR-Publikationen in mancherlei Hinsicht lediglich verdienstvolle Materialzusammenstellungen.

In den 1990er-Jahren gab es anlässlich des 575-jährigen Jubiläums zwar einige Publikationen, ⁶⁷ die einen kritischen und differenzierten Blick auf die Zeit vor wie

60 Gerhard Heitz (geb. 1925), war von 1959 an zunächst Dozent für Landesgeschichte und später bis zu seiner Emeritierung 1990 ordentlicher Professor für Agrargeschichte, später für Geschichte des Mittelalters an der Universität Rostock. Vgl. Eintrag von »Gerhard Heitz« im *Catalogus Professorum Rostochiensium*, URL: <http://purl.uni-rostock.de/cpr/00001558> (12.4.2019).

61 Ruth Carlsen: Zum Prozeß der Faschisierung und den Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die Universität Rostock (1932–1935), Rostock 1965, Univ., Phil. F., Diss., 24. März 1966, 298 Bl. (künftig zitiert: Carlsen, Universität Rostock). – Gudrun Miehe: Zur Rolle der Universität Rostock in der Zeit des Faschismus in den Jahren 1935–1945, Rostock 1969. Rostock, Univ., Phil. F., Diss., 16. April 1969, 319 Bl. (künftig zitiert: Miehe, Zur Rolle der Universität Rostock). – Jürgen Uerckwitz: Die Geschichte des Hygiene-Instituts der Universität Rostock, Rostock 1969. Rostock, Med. F., Diss. vom 22. Dezember 1969, 142 S.

62 Die Geschichte der Universität Rostock, Bd. I und II.

63 Vgl. Ralph Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära* (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 135), Göttingen 1999, S. 19 (künftig zitiert: Jessen, *Akademische Elite*).

64 Die Geschichte der Universität Rostock, Bd. I, S. XIII.

65 Die Geschichte der Universität Rostock, Bd. I, S. XI.

66 Vgl. Jessen, *Akademische Elite*, S. 18f. (Zitat, ebd., S. 18). – Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 10, 13.

67 Vgl. *575 Jahre Universität Rostock*. – Peter Jakubowski (Hrsg.): *Wissenschaftliche Tagung Universität und Stadt anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock*. Veranstaltet von der Universität Rostock, Fachbereich Geschichtswissenschaften in Verbindung mit dem Archiv und den Städtischen Museen der Hansestadt Rostock, Rostock 1995, 285 S. (künftig zitiert: Jakubowski, *Tagung*). Darin enthalten ist lediglich ein Aufsatz, der die

nach 1945 warfen. Insgesamt blieben sie aber – schon alleine wegen des überschaubaren Umfangs – eher an der Oberfläche verhaftet.⁶⁸ Für einen erneuten Aufschwung der Forschung zur Rostocker Universitätsgeschichte sorgte seit den 2000er-Jahren das bevorstehende 600-jährige Jubiläum 2019: Seit 2007 erscheint unter Leitung von Kersten Krüger⁶⁹ die Schriftenreihe »Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte«.⁷⁰ Diese bedient ein breites Spektrum und hat auch studentische Qualifikationsarbeiten aufgenommen.⁷¹ Ebenso sind in der Reihe einige Publikationen des 2003 unter Leitung der Chemikerin Gisela Boeck und des Medizinhistorikers Hans-Uwe Lammel gegründeten Arbeitskreises »Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« erschienen, der sich 2018 aus personellen Gründen leider aufgelöst hat. Außerdem hat die am Universitätsarchiv angebundene »Forschungsstelle Universitätsgeschichte« zwei wichtige Datenbanken erstellt: der »Catalogus Professorum Rostochiensium« (CPR)⁷² und das »Matrikelportal Rostock«⁷³.

Für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur blieb der Forschungsstand zur Universität Rostock dennoch überschaubar. So erschien 2010 die Dissertation von Juliane Deinert zu den Studierenden während der NS-Zeit.⁷⁴ Bereits 2007 legten Michael Buddrus vom Institut für Zeitgeschichte in Berlin und Sigrid Fritzlar vom Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS) ein Lexikon zu den Rostocker Professoren in der NS-Zeit vor, das in der Einleitung eine Verortung der Rostocker Professoren im »Dritten Reich« sowie eine gruppenbiographische Auswertung vornimmt.⁷⁵ 2012 erschien noch ein Sammelband des Arbeitskreises »Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus.⁷⁶ Außerdem gibt es einige Aufsätze mit Bezug zur NS-Zeit.⁷⁷

NS-Zeit thematisiert. Vgl. Peter Jakubowski: Die Universität Rostock und die Wirtschaft im »Dritten Reich« – das Beispiel der Heinkel-Werke, in: Jakubowski, Tagung, S. 255–266.

68 Vgl. Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock, S. 14.

69 Kersten Krüger (geb. 1939) war von 1993 bis zu seiner Emeritierung 2004 Professor für Geschichte der Neuzeit (16.–18. Jahrhundert) an der Universität Rostock. Vgl. Eintrag von »Kersten Krüger« im Catalogus Professorum Rostochiensium, URL: <http://purl.uni-rostock.de/cpr/00000053> (12.4.2019).

70 Die Publikationen sind online abrufbar unter: <http://purl.uni-rostock.de/rosdok/id00002109> (12.4.2019).

71 Vgl. etwa Jobst D. Herzig/Catharina Trost: Die Universität Rostock 1945–1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 6), Rostock 2008 (künftig zitiert: Herzig, Die Universität Rostock).

72 Siehe <http://cpr.uni-rostock.de/>.

73 Siehe <http://matrikel.uni-rostock.de/>.

74 Vgl. Deinert, Die Studierenden der Universität Rostock.

75 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon.

76 Vgl. Boeck, Universität Rostock.

77 Exemplarisch seien hier genannt: Florian Detjens: Die Universität Rostock im Nationalsozia-

Angesichts dieser Ausgangslage musste für die Studie quellenintensive Grundlagenarbeit geleistet werden. Es ging dabei nicht darum, einige weiße Flecken der Rostocker Universitätsgeschichte zu schließen, sondern vielmehr darum, erst einmal grundsätzliche Fragen zu stellen. Die Arbeit wurde nicht zuletzt dadurch erschwert, dass das regionale Umfeld der Universität während der NS-Diktatur durch die Landes- und Regionalgeschichte bislang ebenfalls nur wenig erforscht ist.⁷⁸ Zu den Ausnahmen jüngerer Zeit zählen die Arbeiten von Michael Buddrus und Sigrid Fritzlar, die einige umfangreiche Nachschlagewerke zu den Ministern und den Städten Mecklenburgs im »Dritten Reich« oder auch die Edition des Gauleiter-Nachlasses publiziert haben.⁷⁹ Zu weiteren von Michael Buddrus betriebenen Forschungsprojekten zu Mecklenburg in der NS-Zeit liegen bislang keine Publikationen vor.⁸⁰

Darüber hinaus mangelt es an einschlägiger Forschungsliteratur, die insbesondere die Politik des Schweriner Staatsministeriums, der dortigen Unterrichtsabteilung sowie der regionalen Kultuspolitik im Nationalsozialismus betrachtet. Da diese Studie ihren Schwerpunkt auf die Universität Rostock und nicht auf die mecklenburgische Hochschulpolitik im Allgemeinen legt, konnten deshalb manche ministeriums-

lismus. Eine Überblicksskizze, in: Marc von der Höh (Hrsg.): Traditionen – Zäsuren – Dynamiken. 600 Jahre Universität Rostock, Köln 2019, S. 365–389. – Angela Hartwig: Der Physiker Pascual Jordan (1902–1980) an der Rostocker Universität. Naturwissenschaftliche und technische Überlieferungen im Rostocker Universitätsarchiv, in: Naturwissenschaften und Archive. Naturwissenschaftliche und technische Überlieferungen in Archiven wissenschaftlicher Einrichtungen. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare am 27. März 2001 in Rostock. Red. Angela Hartwig, Gunther Viereck, Rostock 2001, S. 33–41. – Nikolaus Werz: Walter Hallstein in Rostock, in: Mecklenburgische Jahrbücher, 117. Jg. (2002), S. 231–248.

78 Vgl. Ernst Münch: Hauptetappen und Probleme der mecklenburgischen Landesgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert (künftig zitiert: Münch, Mecklenburgische Landesgeschichtsschreibung), in: Anke John (Hrsg.): Köpfe. Institutionen. Bereiche. Mecklenburgische Landes- und Regionalgeschichte seit dem 19. Jahrhundert (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Mecklenburg, Reihe B Neue Folge: Schriften zur mecklenburgischen Geschichte, Bd. 5), Lübeck 2016, S. 51–90, hier S. 55–58 (künftig zitiert: John, Köpfe). – Für eine Übersicht über die Landes- und Regionalgeschichtlichen Publikationen, die häufig keinen Bezug zur NS-Zeit haben, siehe Niklot Klüßendorf: Begrenzte Möglichkeiten. Mecklenburgische Landesgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990, in: John, Köpfe, S. 163–191. – Matthias Manke: Zwischen braunen Trümmern und roten Fahnen. Mecklenburgische Geschichtsforschung in der DDR, in: John, Köpfe, S. 135–161.

79 Vgl. Buddrus, Landesregierungen. – Buddrus, Städte Mecklenburgs. – Buddrus, Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg.

80 Vgl. NS-Justiz in Mecklenburg. Die Sondergerichte Schwerin und Rostock 1933–1945, <https://www.ifz-muenchen.de/forschung/ea/forschung/ns-justiz-in-mecklenburg-die-sondergerichte-schwerin-und-rostock-1933-1945/> (12.4.2019). – Geschichte des Gaues Mecklenburg 1925–1945 <https://www.ifz-muenchen.de/forschung/ea/forschung/geschichte-des-gaes-mecklenburg-1925-1945/> (12.4.2019).

ternen Entscheidungsprozesse nicht völlig ausgeleuchtet werden. Dies wäre Aufgabe für weitere Forschungen zur mecklenburgischen Regionalgeschichte. Das Gleiche gilt für eine Darstellung der Rostocker Universitätsgeschichte während der Weimarer Republik. So mussten Entwicklungen, die vor 1932/33 einsetzen, aus den Akten herausgearbeitet werden, ohne dass diese in eine bestehende Forschungslandschaft eingebettet werden konnten. Daher ist diese Studie hauptsächlich quellengestützt.

Auf Quellen kann dabei reichlich zurückgegriffen werden. Denn die Bestände des Universitätsarchivs Rostock (UAR),⁸¹ die für diese Arbeit hauptsächlich durchgesehen wurden, sind weitgehend unbeschadet erhalten geblieben. Dennoch liefern die vorhandenen Akten keineswegs ein vollständiges Bild. In der Überlieferung fehlen nämlich entscheidende Unterlagen, wie beispielsweise die Korrespondenz zwischen dem Reichsforschungsrat beziehungsweise der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Professoren, die von dort gefördert wurden. Solche Unterlagen sind meist nur noch als Parallelüberlieferung in den DFG-Akten (BArch R 73) vorhanden. Dies hat vermutlich damit zu tun, dass im April 1945 auf Anweisungen des Staatsministeriums eine Reihe Unterlagen »für die Vernichtung bei Feindannäherung [...] herausgesucht worden« sind. Dazu zählen unter anderem »Vollständige Akten 2 N 1, betr.: Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Wehrforschungsgemeinschaft«. Daneben sind eine Reihe politischer Gutachten von Professoren zur Beseitigung ebenso ausgewählt worden, wie etwa Akten »Rote Studentengruppe«, »Antisemitismus und Studentenschaft« oder etwa »Jüdische Professoren und Dozenten«.⁸² Darüber hinaus existieren nahezu keine Unterlagen außerhalb des amtlichen Schriftverkehrs.⁸³ Das wiederum hat damit zu tun, dass es sich um staatliche Überlieferungen handelt. Zugleich mangelt es an Nachlässen⁸⁴ oder anderen privaten Unterlagen der Professoren, wodurch es schwierig ist, ein um private Facetten erweitertes Bild der

81 Für eine Übersicht und kurze Beschreibung der Bestände des UAR siehe Angela Hartwig/Bettina Kleinschmidt: Bestandsübersicht des Universitätsarchivs Rostock (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 14), Rostock 2010 passim (künftig zitiert: Hartwig, Bestandsübersicht UAR).

82 Zit. nach Angela Hartwig: Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990 (= Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, Bd. 13), Rostock 2010, S. 335 f. (künftig zitiert: Hartwig, Universitätsarchiv Rostock). Dort ist auch die Auflistung sämtlicher Akten beziehungsweise Aktenstücke abgedruckt.

83 Eine Ausnahme bilden hier das Institut für Vorgeschichte und das Geologische Institut beziehungsweise die Geologische Landesanstalt. Hier liegen eigene Akten mit Schriftwechseln vor, die mitunter auch privaten oder privat-dienstlichen Charakter haben. Vgl. UAR, 2.01.1, Akten 123, 350, 351, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406.

84 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 15. – Vorhanden sind Nachlässe nur von: Kurd von Bülow (Geologie), Günther Falckenberg (Physik), Kurt Nehring (Agrarkulturchemie), Gottfried Quell (Theologie) und Ernst Reinmuth (Agrarwissenschaft). Vgl. dazu: Hartwig, Bestandsübersicht UAR, S. 109 f., 114, 126, 130 f. In der nicht mehr ganz aktuellen Bestandsübersicht fehlen noch

auf offiziellen, amtlichen Dokumenten und Überlieferungen basierenden Darstellung zu zeichnen. Somit fehlen Unterlagen, die beispielsweise Einblicke in die Lehre einzelner Dozenten bieten könnten. Da jedoch die unkommentierten Personal- und Vorlesungsverzeichnisse digitalisiert vorliegen,⁸⁵ können zumindest die Titel von Lehrveranstaltungen zur Auswertung herangezogen werden. Rückschlüsse etwa im Hinblick auf eine nationalsozialistische Durchdringung von Lehrinhalten lassen sich daraus aber nur sehr bedingt ziehen.

Der Bestand des Ministeriums für Unterricht, Kunst, geistliche und Medizinalangelegenheiten⁸⁶ als für die Universität zuständige Stelle im Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS) ist zwar teilweise lückenhaft. Jedoch wurde dieser von den großflächigen Aktenvernichtungen, die im Frühjahr 1945 auf Anordnung von Reichstatthalter Friedrich Hildebrandt erfolgten, weit weniger stark getroffen als Unterlagen des Mecklenburgischen Innenministeriums.⁸⁷ Somit sind neben Parallelüberlieferungen insbesondere die Schriftwechsel zwischen den mecklenburgischen Behörden und den Institutionen auf Reichsebene zu finden.

Allerdings fehlt von Gauleiter und Reichstatthalter Friedrich Hildebrandt, abgesehen von einem eher dem Zufall geschuldeten Nachlass, und den mecklenbur-

die im UAR befindlichen Nachlässe von Rudolf Helm (UAR 6.56.0) und Heinrich Gißel (UAR 6.78.0).

85 Siehe <https://www.ub.uni-rostock.de/standorte-einrichtungen/universitaetsarchivkustodie/das-universitaetsarchiv/digitalisierte-vorlesungsverzeichnisse/> (11.4.2019).

86 Ein eigenes Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium für Unterricht, Kunst, geistliche und Medizinalangelegenheiten ist erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges geschaffen worden. Bis dahin war der Bereich Teil des Justizministeriums. Im Zuge der Auflösung der Landesministerien wurde aus dem Mecklenburgischen Kultusministerium Ende 1934 eine Abteilung. Die Bezeichnung lautete nun Mecklenburgisches Staatsministerium, Abt. Unterricht, Kunst, geistliche und Medizinalangelegenheiten. 1941 erfolgte die Umbenennung in Abteilung Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Ab Oktober 1943 wurde die Bezeichnung Der Mecklenburgische Staatsminister, Abt. Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung genutzt. Vgl. Buddrus, Landesregierungen, S. 44–47, 364–384. – Wegen der sperrigen Bezeichnung für ein in dieser Arbeit häufig vorkommendes Ministerium beziehungsweise vorkommende Abteilung, wird in den Anmerkungen grundsätzlich die einheitliche Abkürzung »MfU« für »Ministerium für Unterricht« verwendet, was sich an der Bestandsbezeichnung im Landeshauptarchiv Schwerin orientiert. Vgl. Die Bestände des Landeshauptarchivs Schwerin, Bd. 1: Urkunden- und Aktenbestände 1158–1945. Bearbeitet von Peter-Joachim Rakow u. a. (= Findbücher, Inventare und kleine Schriften des Landeshauptarchivs Schwerin, Bd. 4), Schwerin 1999, S. 457 f. (künftig zitiert: Bestände des LHAS, Urkunden- und Aktenbestände).

87 Vgl. Bestände des LHAS, Urkunden- und Aktenbestände, S. 387–397, 457 f. – Hugo Cords-hagen: Die Aktenvernichtung beim mecklenburgischen Staatsministerium, Abteilung Inneres, und seinen nachgeordneten Behörden im März und April 1945, in: Archivmitteilungen. Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde und historische Hilfswissenschaften, Bd. 6 (1956), H. 4, S. 127–130.

gischen Stellen der NSDAP und ihrer Organisationen – in diesem Fall insbesondere des regionalen NS-Dozenten- und NS-Studentenbundes – wie auch in anderen deutschen Gauen nahezu sämtliche Überlieferung.⁸⁸ Somit ist die Rekonstruktion der Stellung und Haltung des Gauleiters oder anderer regionaler NSDAP-Einrichtungen zur einzigen Landesuniversität aufgrund fragmentarischer Archivalien nur sehr schwer möglich. Es blieb nur, ihre Haltung zur Mecklenburgischen Landesuniversität durch die spärlichen Aktenfunde anderer Provenienz zu rekonstruieren.

Für die Reichsebene ist die Überlieferungssituation ebenfalls eher schlecht. Relevant sind im Bundesarchiv vor allem die Bestände des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (BArch R 4901), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (BArch R 73) und des Reichsforschungsrates (BArch R 26-III). Grundsätzlich erlauben die drei Bestände einen guten Einblick in die Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsgeschichte des »Dritten Reiches«, wenngleich im Fall der Mecklenburgischen Landesuniversität nur in bescheidenerem Umfang. Viele Akten des REM sind durch wiederholte Bombentreffer des Berliner Ministeriums vernichtet worden.⁸⁹ Über die Findmittel lassen sich nur wenige Akten mit eindeutigem Rostock-Bezug finden. Zudem gibt es erhebliche Überlieferungslücken. Ähnlich verhält es sich für den ohnehin stark fragmentarischen Bestand des Reichsforschungsrates. Die Überlieferung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wiederum verzeichnete für zahlreiche Rostocker Professoren Förderakten. Allerdings fehlen darin oft die eingehenden Anträge und ausführlichen Projektbeschreibungen und damit Hinweise auf konkrete Intentionen der jeweiligen Antragsteller. Da für das Professorenlexikon bereits die einschlägigen Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Center herangezogen wurden,⁹⁰ ist auf eine erneute Sichtung verzichtet worden.

Speziell für die Rostocker Landwirtschaftliche Fakultät und die Vorgänge um den Mikrobiologen Kurt Poppe wurden eine Reihe Akten im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, vormals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, gesichtet. Was die Kooperation zwischen der Mecklenburgischen Landesuniversität und den Ernst Heinkel Flug-

88 Vgl. Bestände des LHAS, Urkunden- und Aktenbestände, S. 493. – Die Bestände des Landeshauptarchivs Schwerin, Bd. 3: Nichtstaatliches Archivgut und Sammlungen (= Findbücher, Inventare und kleine Schriften des Landeshauptarchivs Schwerin, Bd. 11), Schwerin 2005, S. 141–143, 255 f. (künftig zitiert: Bestände des LHAS, Nichtstaatliches Archivgut). – Buddrus, Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg, S. 9–51. – Heiber, Der Professor im Dritten Reich, S. 14. – Zur Überlieferungssituation anderer Gauen vgl. etwa: Kristina Hübener/Wolfgang Rose: Der brandenburgische NS-Gau – Eine Bestandsaufnahme, in: John, NS-Gaue, S. 263–279, hier S. 264. – Thomas Müller: Der Gau Köln-Aachen und Grenzlandpolitik im Nordwesten des Deutschen Reiches, in: John, NS-Gaue, S. 318–333, hier S. 322. – Michael Kießener: Kommentar, in: John, NS-Gaue, S. 361–363.

89 Vgl. Nagel, Das REM, S. 14, 348, 359.

90 Buddrus, Professorenlexikon passim.

zeugwerken betrifft, wurde im Archiv des Deutschen Museums in München recherchiert, wo sich das Heinkel-Firmenarchiv befindet. Ein Großteil der Unterlagen aus der NS-Zeit existiert allerdings nicht mehr.⁹¹

Bei allen dennoch im großen Umfang gemachten Funden ist auf ein grundsätzliches Problem hinzuweisen: die Geheimhaltung. Im Falle von Kurt Poppe sind die Projekte entsprechend eingestuft gewesen, wodurch die Überlieferung zuweilen keine oder nur recht kryptische Informationen enthält. Es ist anzunehmen, dass diese Situation auch in anderen Fällen – wie es etwa auch beim Chemischen Institut dokumentiert ist⁹² – vorgekommen sein wird.

Da sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR für Material zu vermeintlichen und tatsächlichen NS-Tätern interessierte⁹³ und Anfang der 1960er-Jahre auch das Rostocker Universitätsarchiv aufsuchte,⁹⁴ ist dieser Spur nachgegangen worden. Eine Recherche bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR brachte erstaunlich wenige Ergebnisse hervor. Auffällig ist zudem, dass es einen erheblichen Mangel an Bildquellen gibt. Dies gilt sowohl für das UAR als auch das Stadtarchiv der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und das LHAS. Für diese Dissertation wurden einige Aufnahmen unter anderem aus dem »Rostocker Anzeiger« und dem »Niederdeutschen Beobachter« herausgesucht, die bildliche Zeugnisse von der Universität Rostock in der NS-Zeit bieten.

Aufbau der Arbeit

Basierend auf zahlreichen Quellen konnte die Studie bearbeitet werden und gliedert sich in zwei Abschnitte. Diese bestehen jeweils aus einem Überblickskapitel – in dem die Rahmenbedingungen skizziert werden – und drei Fallbeispielen. Zu Beginn wird aufgezeigt, welche Ausgangslage die Universität Rostock hatte, als 1932 die NSDAP

91 Vgl. <http://www.deutsches-museum.de/archiv/bestaende/firmenarchive/verzeichnis/heinkel/> (16.1.2017).

92 Vgl. UAR, 1.07.0, Akte K 089-0948.1, Bl. 190, Institut für Anorganische und Analytische Chemie der TH Wien, Prof. Dr. Ulrich Hofmann an den Herrn Kurator der Universität Rostock, Geheim, 10.8.1942. – Ebd., Akte K 090-0529.2, Bl. 268, Jahresbericht der Anorganischen und Organischen Abteilung des Chemischen Instituts der Universität Rostock, 30.5.1942.

93 Vgl. Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR (= Analysen und Dokumente, Bd. 28), 3. Auflage. Göttingen 2007 passim. – Annette Weinke: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn u. a. 2002 passim.

94 Vgl. Hartwig, Universitätsarchiv Rostock, S. 152–154, 181 f.

die Regierungsgeschäfte in Schwerin übernahm. Die dabei umrissenen grundlegenden strukturellen Probleme begleiteten die Universität oft über den gesamten Untersuchungszeitraum. Somit lässt sich zeigen, welche Motivationen – unabhängig von den geänderten politischen Rahmenbedingungen – die regionalen hochschulpolitischen Akteure bisweilen hatten.

Die Trennlinie zwischen beiden Abschnitten bildet das Jahr 1937/38. Es steht für einen Wandel im Umgang der Schweriner Landesverwaltung mit der Universität Rostock, der nicht zuletzt auch aus dem Wegfall des Pharmazie-Studiengangs und den befürchteten Auswirkungen resultierte.⁹⁵ Gerade deshalb erscheint eine Zwei-Phasen-Einteilung der Rostocker Universitätsgeschichte im »Dritten Reich« sinnvoll. Diese Einteilung ändert freilich nichts daran, dass sich auch die Mecklenburgische Landesuniversität im Wesentlichen entlang der Konjunkturen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik der NS-Zeit bewegte.⁹⁶

Die Fallbeispiele wiederum halten sich nicht streng an diese zeitliche Zäsur. Die Zuordnung zum ersten oder zweiten Abschnitt richtet sich im Wesentlichen danach, wann die maßgeblichen Aktivitäten hierfür zu beobachten sind. Das Vorhaben, eine Professur für Prähistorie zu schaffen, wurde etwa im Herbst 1932 von der Landesregierung initiiert. Daher fällt es als Beispiel in den ersten Teil. Dass die Berufungen erst ab 1939 erfolgten, hat wiederum mit dem oben genannten Wandel des Jahres 1937/38 zu tun.

Die Landwirtschaftliche Fakultät – um ein anderes Beispiel zu nennen – hatte einen immensen zeitlichen Vorlauf, der schon Jahrzehnte vor dem »Dritten Reich«

⁹⁵ Vgl. Florian Detjens: Die Existenz der Universität in Gefahr? Die Abwicklung des Pharmaziestudiengangs an der Universität Rostock 1938, in: Emil C. Reisinger/ Kathleen Haack (Hrsg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Rostock – 600 Jahre im Dienst der Menschen (1419–2019), Köln u. a. 2019, S. 285–300 (künftig zitiert: Detjens, Pharmaziestudiengang).

⁹⁶ Michael Grüttner nahm vier Periodisierungen der NS-Hochschulpolitik vor. Die Jahre 1933 bis 1936 waren gekennzeichnet von Massenentlassungen von Hochschullehrern aus politisch-rassistischen Gründen sowie Maßnahmen zur Beschränkung der Hochschulautonomie. In einer zweiten Phase ab 1936/37 kam es aufgrund des zunehmenden Mangels an akademischen Nachwuchs zu einem Umdenken in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik. Der Hochschullehrerberuf sollte wieder attraktiver werden und ab 1937 wurden den Wissenschaftlern wieder mehr Freiräume gewährt. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden neben den Studenten gerade jüngere Wissenschaftler zu großen Teilen zum Kriegsdienst eingezogen, was die entsprechenden Folgen für Forschung und Lehre nach sich zog. Die vierte Periode umfasst die Jahre 1942 bis Kriegsende. Hier sind vielfache Anstrengungen zu verzeichnen, die Wissenschaft für Kriegszwecke stärker nutzbar zu machen. Die ideologische Durchdringung von Disziplinen trat zugunsten einer Indienststellung der Wissenschaft für das Regime zurück. Angesichts der zunehmenden alliierten Luftangriffe ging es in der Hochschulpolitik nun auch zunehmend darum, die Funktionsfähigkeit der Universitäten überhaupt zu erhalten. Vgl. Grüttner, Die deutschen Universitäten, S. 81 f.

lag. Dennoch wird sie erst im zweiten Hauptabschnitt analysiert, weil sich die entsprechenden Gründungsaktivitäten erst ab Ende der 1930er-Jahre vollzogen.

Um ein möglichst breites Bild der Universität Rostock im Untersuchungszeitraum zu zeichnen, wurden verschiedene Disziplinen ausgesucht. So können die Vorgeschichtsprüfung und die wehrwissenschaftlichen Veranstaltungen als erste Versuche einer nationalsozialistischen Hochschulpolitik gesehen werden. Das Institut für wirtschaftliche Raumforschung rundet den ersten Abschnitt ab, da es eine der wenigen Neueinrichtungen in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre war.

Die Beispiele des zweiten Abschnittes beginnen mit dem Ausbau der Mathematik und Naturwissenschaften in Rostock. Beides hängt mit den seit dem Vierjahresplan 1936 forcierten Rüstungsanstrengungen zusammen. Die Mathematiker waren über die Ernst-Heinkel-Stiftung dabei mit dem größten Rostocker (Rüstungs-)Industriebetrieb verbunden. Damit dürften sie nach derzeitigem Kenntnisstand der einzige Fall für eine Kooperation zwischen der Mecklenburgischen Landesuniversität und der Industrie sein. Für die Naturwissenschaften werden exemplarisch die Chemiker ausgewählt. Dies hat vornehmlich damit zu tun, dass die Chemie – anders als etwa die Physik – noch während des Zweiten Weltkrieges um einen dritten Lehrstuhl erweitert wurde, erhebliche Forschungsgelder erhielt und alle Professoren vom Wehrdienst befreit waren. Hinzu kommt, dass das Chemische Institut innerhalb der Naturwissenschaften die größte Einrichtung war. Das Institut für Mikrobiologie als eigenes Kapitel aufzunehmen, geht darauf zurück, dass es sich hierbei um die wahrscheinlich einzige Kooperation zwischen einem Rostocker Professor und dem Heereswaffenamt (HWA) handelte. Zum Abschluss des zweiten Abschnittes wird die Gründung der Landwirtschaftlichen Fakultät als größtes Projekt der Standortprofilierung der Universität Rostock ausführlich thematisiert. Denn hier wurde inmitten des Krieges eine ganze Fakultät mit insgesamt fünf Professuren geschaffen.

Dass der zweite Abschnitt der Arbeit dabei länger ausfällt als der erste, beruht allein darauf, dass in den Jahren ab 1937/38 deutlich mehr Aktivitäten zu verzeichnen sind.

Methodische Vorüberlegungen

Die vorliegende Studie vereint unterschiedliche methodische Zugänge wie Universitäts-, Institutionen- und Disziplinengeschichte, bei der im Sinne einer externalistischen Wissenschaftsgeschichte⁹⁷ wissenschaftspolitische und gestaltende Akti-

⁹⁷ Für eine kurze Definition vgl. Michael Hagner: Ansichten der Wissenschaftsgeschichte, in: Ders. (Hrsg.): Ansichten der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt am Main, 2001, S. 7–39, hier S. 9.

vitäten rund um eine wissenschaftliche Institution und die beteiligten Akteure im Fokus stehen. So wird etwa nicht nach der Entstehung wissenschaftlichen Wissens gefragt. Im Sinne eines verflechtungsgeschichtlich intendierten Ansatzes ist es deshalb notwendig, die zentralen Akteure und ihre Kompetenzen zu kennen, die für die Geschicke der Mecklenburgischen Landesuniversität im Untersuchungszeitraum essenziell waren. Denn diese interagieren auf der gleichen Ebene, aber auch mit Akteuren anderer Ebenen. Die Makroebene des NS-Staates und die Mikroebene der Landesuniversität – die sich fallbezogen noch weiter ausdifferenzieren lässt – sind dabei über eine Vielzahl von Zwischenstufen miteinander verbunden.⁹⁸ In dieser Arbeit werden besonders die regionalen Akteure und ihre Versuche, den NS-Staat für regionale Zwecke und Interessen zu nutzen, betrachtet. Zugleich können somit Einblicke in die »Normalität« des Alltages in einer totalitären Diktatur am Beispiel der Universität Rostock gegeben werden.

Diese *regionalen hochschulpolitischen Akteure* umfassen drei Gruppen: die mecklenburgische Hochschulverwaltung, die entsprechenden Parteigliederungen und Einrichtungen der NSDAP sowie die führenden Angehörigen der Universität selbst. Die Interaktionen fanden als Aushandlungsprozesse zwischen den Akteuren auf der regionalen Ebene statt. Diese mussten Positionen untereinander abstimmen bzw. aushandeln. Außerdem interagierten die regionalen hochschulpolitischen Akteure wiederum mit verschiedenen zentralen Akteuren, insbesondere den Vertretern des Reichserziehungsministeriums. Das REM seinerseits musste gegenüber dem Reichsfinanzministerium (RFM) die Positionen durchsetzen. Zudem kamen, wenn auch an wenigen Stellen, hohe Parteifunktionäre – wie Martin Bormann bei der Errichtung der Landwirtschaftlichen Fakultät – ins Spiel. Schließlich spielten zentrale Wissenschaftseinrichtungen, allen voran die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, an der einen oder anderen Stelle eine Rolle. Für Rostock speziell kamen noch die ortsansässigen Ernst Heinkel Flugzeugwerke hinzu. Die *regionalen hochschulpolitischen Akteure* schlüsseln sich dabei wie folgt auf:

Erstens sind die unterschiedlichen Angehörigen der Universität Rostock zu nennen: Dazu zählen die Professoren und die Universitätsleitung, also Rektor und Dekane. Über den Dienstweg waren die Dekane und Rektoren zumeist in Vorhaben der Professoren eingebunden. Der Rektor hatte die Möglichkeit, seine Professoren zu stoppen. Wenn er also nicht eingriff, signalisierte dies zumindest Unterstützung, wenn auch schwächer, als wenn er sich dezidiert hinter einen Antrag stellte.

98 Zur Programmatik der Verflechtungsgeschichte siehe Michael Werner/Bénédicte Zimmermann: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderungen des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft, 28. Jg. (2002), H. 4, S. 607–636, hier insbesondere S. 617–619, 622 f.

Die zweite Gruppe umfasst die Angehörigen der Schweriner Landesregierung beziehungsweise Landesverwaltung, die für die Universität verantwortlich waren. Dazu zählten die Ministerpräsidenten respektive Staatsminister,⁹⁹ die für das Kultusministerium und ab 1934 dann Kultusabteilung¹⁰⁰ federführenden Personen¹⁰¹ und – als Hauptakteur – der Ministerialrat Otto Dehns.¹⁰² Er war von 1929 bis 1943 für die Universität zuständig und hatte ab 1934 noch das Nebenamt des Regierungsbevollmächtigten/Kurators an der Landesuniversität inne.¹⁰³ In seiner Nebenfunktion, zumeist weilte er dafür einen Tag in der Woche in Rostock,¹⁰⁴ beaufsichtigte er sämtliche Vorgänge an der Universität und schickte Berichte an die Landesregierung.¹⁰⁵ Als Bindeglied zwischen Hochschule und Kultusverwaltung berichtete Dehns aufgrund der Personalunion beider Ämter regelmäßig an sich selbst. Sein Nachfolger wurde ein langjähriges NSDAP-Mitglied, der ehemalige Landtagspräsident Rudolf Krüger. Weniger in Erscheinung getreten ist dagegen Wilhelm Bergholter. Der promovierte Jurist und Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe in Güstrow war von Dezember 1933 bis September 1940 Leiter des Kultusministeriums beziehungsweise der Kultusabteilung des Mecklenburgischen Staatsministeriums. Dass Ministerialdirektor Bergholter und sein untergebener Ministerialrat Otto Dehns in Bezug auf die Universität keine größeren Gegensätze gehabt zu haben scheinen, lässt sich daraus schließen, dass Bergholter kaum eingriff. Andernfalls hätte er sich wohl häufiger eingeschaltet. Anschließend übernahm ab 1941 Rudolf Krüger die Funktion. Ein anderer wichtiger Akteur war der langjährige Mecklenburgische Staatsminister Friedrich Scharf, der das Amt von Oktober 1934 bis Mai 1945 ausübte und bereits 1932/33 für ein knappes Jahr das Kultusressort leitete. Scharf engagierte sich besonders ab Ende der 1930er-Jahre zunehmend für die Universität und zog gerade den Prozess um die Gründung der Landwirtschaftlichen Fakultät an sich. Eine Gemeinsamkeit fast aller, die dieser Akteursgruppe angehörten und für die Universität

99 Walter Granzow (Juli 1932 bis August 1933), Hans Egon Engell (August 1934 bis Oktober 1934), Friedrich Scharf (Oktober 1934 bis Mai 1945). Vgl. Buddrus, Landesregierungen, S. 124–127, 139–141, 264 f., 379–384.

100 Vgl. Buddrus, Landesregierungen, S. 44–47, 364–384.

101 Friedrich Scharf (Juli 1932 bis Juli 1933), Walter Granzow (Juli 1933), Hans Egon Engell (August bis Dezember 1933), Wilhelm Bergholter (Dezember 1933 bis September 1940), Rudolf Krüger (Oktober 1941 bis Mai 1945). Vgl. Buddrus, Landesregierungen, S. 79 f., 124–127, 139–141, 180–182, 264 f., 379–384.

102 Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 453, 458 f.

103 Während der NS-Zeit hatten drei Personen das Amt inne: Paul Siegfried (1929 bis 1934), Otto Dehns (1934 bis 1943), Rudolf Krüger (1943 bis 1945). Vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 453, 458 f., 465 f., 471 f.

104 Vgl. etwa UAR, 2.04.1, Akte 321, Bl. 1, Rundschreiben, Der Rektor, 14.6.1934.

105 Vgl. Hartwig, Bestandsübersicht UAR, S. 35.

verantwortlich zeichneten, bestand nicht zuletzt darin, dass sie Teile ihres Studiums in Rostock absolviert hatten.¹⁰⁶

Das wiederum unterscheidet sie von der zentralen Person der dritten Gruppe, die die regionalen Vertreter der NSDAP und ihrer Organisationen umfasst. Als erstes wäre hierbei Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt zu nennen, der allerdings bei universitären Belangen eher selten in Erscheinung trat. Der Sohn eines Landarbeiters hatte keinerlei Hochschulbildung und lediglich einen Volksschulabschluss vorzuweisen. Der dienstälteste Gauleiter der NSDAP war mit kurzer Unterbrechung von 1925 bis Kriegsende im Amt. Im Mecklenburgischen Staatsministerium hatte er zwar Sitz und Stimme, war jedoch nie Chef der Landesregierung. Den Beamten des Staatsministeriums gelang es wiederholt, ihn in die Schranken zu weisen. Seine staatliche Aufgabe als Reichsstatthalter fasste Hildebrandt aber wohl nur als Ableger seines Parteiambtes als Gauleiter auf,¹⁰⁷ weshalb er in dieser Arbeit meist als Gauleiter bezeichnet wird. Dennoch ist er als oberster regionaler Repräsentant der NSDAP qua Amt eine zentrale Figur. Für die Universität wichtig waren zudem die Führer des NS-Dozentenbundes und des NS-Studentenbundes in Rostock, wobei diese beiden vor allem bei Berufungsverfahren mitmischten und stets Angehörige der einzigen Universität des Landes Mecklenburg waren.¹⁰⁸

In der Regel waren nie alle Akteursgruppen gleichermaßen aktiv, sei es auf Ebene des Landes oder in der Interaktion mit verschiedenen Akteuren auf Reichsebene, allen voran das Reichserziehungsministerium. Gerade der Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt trat selten in Erscheinung. Es kann aber von stillschweigender Zustimmung ausgegangen werden, wenn er nicht intervenierte. Gleiches galt für die anderen Akteure.

Der Nationalsozialismus wird in dieser Arbeit als politischer, institutioneller und ideologischer Rahmen verstanden, innerhalb dessen polykraten und durchaus effektiven personalisierten Strukturen¹⁰⁹ sich die regionalen hochschulpolitischen Akteure bewegten und dem sie in graduellen Abstufungen mit verschiedener Affinität dienten. Die NS-Ideologie als ein »politisch kontrolliertes, aber intellektuell

106 Lediglich die beiden kurzzeitigen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, Walter Granzow und Hans Egon Engell, hatten nicht in Rostock studiert. Alle anderen verbrachten zumindest Teile ihres Studiums an der Landesuniversität. Scharf und Bergholter hatten dort zudem in Jura promoviert. Zu Otto Dehns siehe <http://purl.uni-rostock.de/matrikel/200006053> (30.4.2019).

107 Vgl. Buddrus, Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg, S. 17, 38–41. – Buddrus, Landesregierungen, S. 16, 39–43, 380.

108 Für eine Übersicht der Funktionsträger und dazugehörige Kurzbiographien vgl. Buddrus, Professorenlexikon, S. 453–474.

109 Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement Bd. 1, S. 259–312. – Raphael, Radikales Ordnungsdenken, S. 13.

offenes Meinungsumfeld« ließ den Universitäten »einen begrenzten intellektuellen Meinungsspielraum«. Dieses »Weltanschauungsumfeld«, bei dem selbst zentrale Leitbegriffe offen waren, ermöglichte Wissenschaftlern sogar unterschiedliche Auffassungen innerhalb des »geduldeten Meinungsfeldes«. Innerhalb dieses Rahmens konnten die Akteure in Aushandlungsprozessen mit überregionalen Akteuren und Institutionen versuchen, ihre Interessen durchzusetzen und gegen ihre Vorstellungen gerichtete Maßnahmen zentraler Stellen abzuschwächen oder gar zu verhindern – allerdings mit unterschiedlichem Erfolg.

Die Universität Rostock dient zugleich als Prisma, mit dessen Hilfe die Funktionsweise und die Reichweite eines Systems mit totalitärem Anspruch im Bereich der Hochschulen an einem regionalen Untersuchungsgegenstand auf seine reale Umsetzung hin untersucht werden kann. Schließlich gelten Universitäten »als Seismographen für geistige und gesellschaftliche Veränderung«. Dabei genossen gerade die Wissenschaftler erhebliche Autonomie,¹¹² da sie die Inhalte der Wissenschaft trotz Diktatur weitgehend selbst bestimmen konnten. Dies war nicht zuletzt deshalb möglich, weil es den Machthabern nie gelang, einen nationalsozialistischen Wissenschaftsbegriff zu entwickeln. Das wiederum sollte jedoch nicht voreilig zu dem Schluss verleiten, es habe gar keine nationalsozialistische Hochschul- und Wissenschaftspolitik gegeben.¹¹³ Hinzu kommt, dass die Nationalsozialisten »antiintellektualistisch, deshalb jedoch [...] keineswegs wissenschaftsfeindlich« waren. Sie suchten vielmehr den »scheinbar [...] unpolitischen Techniker oder Wissenschaftler, der sich bereitwillig für die Ziele des NS-Regimes engagierte, jedoch keine politischen Debatten führte«. Wissenschaft und Forschung hatten insgesamt einen hohen Stellenwert im »Dritten Reich«.¹¹⁵

110 Vgl. Raphael, Radikales Ordnungsdenken, S. 12–30, 36 f. (alle Zitate, ebd.).

111 Hartwig, Universitätsarchiv Rostock, S. 13.

112 Gemeint ist mit Autonomie die »nominelle organisatorische Selbstständigkeit, die über den Grad der politischen Einbindung in das NS-System nichts aussagte«. Rüdiger Hachtmann: Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich«, Berlin 2004, S. 7 (künftig zitiert: Hachtmann, Eine Erfolgsgeschichte). – Vgl. auch: Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 2 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 15/2), Göttingen 2007, S. 1239–1243 (künftig zitiert: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2).

113 Vgl. Grüttner, Die deutschen Universitäten, S. 79–81, 97–100. – Nagel, Das REM, S. 18 f., 65–100, 123–149, 215–295, 315–366. – Johannes Vossen: Der politische Systemwechsel von 1933 und seine Auswirkungen auf Hochschulpolitik, in: Schleiermacher, Wissenschaft macht Politik, S. 19–27.

114 Beide Zitate, Hachtmann, KWG 1933 bis 1945, S. 42.

115 Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2, S. 1215–1218. – Nagel, Das REM, S. 286 f.

Diesen Ressourcentausch beschrieb der U.S.-amerikanische Wissenschaftshistoriker Mitchell G. Ash mit »Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander«. Die beiden Kollektivsingulare »Wissenschaft« und »Politik« stellen demnach ein wechselseitig mobilisierbares und staatsformunabhängiges »Ressourcenensemble« dar.¹¹⁶ Das bedeutet, dass einerseits Wissenschaftler politische Ressourcen für wissenschaftliche Zwecke zu gewinnen versuchen. Andererseits zielen Politiker wiederum darauf ab, Wissenschaftler für politische Zwecke zu benutzen. Wissenschaftler werden als sich »ihrem Elitenstatus«¹¹⁷ bewusstes und »zuweilen recht selbstbewußt handelndes Subjekt verstanden«. Trotz einer wachsenden Abhängigkeit der Forscher von Politikern als Mittelgeber gab es stets Handlungsspielräume für die Wissenschaft. Somit grenzt Ash sein Modell von älteren Erklärungsmodellen wie die »Indienstnahme« oder gar den »Mißbrauch« der Wissenschaft durch das NS-Regime klar ab. Ideologisierungsversuche sind zudem meist von den Wissenschaftlern selbst ausgegangen. Zudem zeigte sich mit der Dauer der NS-Herrschaft, dass sich diejenigen Vorhaben durchsetzten, die ihre Nützlichkeit beweisen konnten, im Gegensatz zu denjenigen, die auf ideologische Kohärenz setzten.¹¹⁸ Michael Grüttner spricht hierbei von der »Verteidigung professioneller Interessen« durch die Hochschullehrer. Sie würden sich darum bemühen, »mehr Geld und Personal für die Forschung zu akquirieren, höhere Gehälter für Hochschullehrer durchzusetzen und das Ansehen der Hochschulen in Staat und Gesellschaft zu steigern«. Damit einher gehe das Bestreben, »das Eindringen politisch motivierter Paradigmen in die wissenschaftliche Forschung und Lehre zu verhindern«, was zugleich ein möglicher »Beitrag zur Begrenzung diktatorischer Macht« darstelle. Die Folge dieses Verhaltens sei aber, dass die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und letztlich auch des Gesamtsystems der Diktatur erhalten oder gar gesteigert werde.¹¹⁹

Zu Ashs Forschungsansatz ist verschiedentlich kritisch angemerkt worden, dass dieser als reines Ressourcentauschmodell zu kurz greift, da er ideologische oder andere Momente ausblendet. Doch es sind sehr wohl persönliche Motive bei den Akteuren zu berücksichtigen, was gerade für die Wissenschaftler im »Dritten Reich«

116 Unter »Wissenschaft« versteht Ash sowohl »abstrakte Theorien« wie auch »konkrete Forschungspraktiken«, und »Politik« umfasst »Gesinnung und Ideologie« ebenso wie »staatliches Handeln«. Die Ressourcen sind dabei »finanzieller [...] aber auch kognitiver, apparativer, personeller, institutioneller oder rhetorischer Art«. Ash, *Wissenschaft und Politik*, S. 32.

117 Gerade Professoren bilden eine vielschichtige Elite. Sie sind nicht nur Teil der Funktionseliten, sondern zugleich eine Positions- und grundsätzlich eine Leistungselite, faktisch auch eine Herkunftselite sowie im Selbstverständnis eine Werteelite. Vgl. Jessen, *Akademische Elite*, S. 16, 28–30.

118 Vgl. Ash, *Wissenschaft und Politik*, S. 32–36, 39–43, 47–50 (alle Zitate, ebd.).

119 Vgl. Grüttner, *Universität und Diktatur*, S. 272 f. (alle Zitate, ebd.).

gilt.¹²⁰ Diese »Selbstmobilisierung«, also die »nicht auf Zwang, sondern die zumeist auf nationalistischer Überzeugung beruhende Bereitschaft«, das NS-Regime zu unterstützen,¹²¹ sollte daher grundsätzlich als analytische Kategorie nicht unberücksichtigt bleiben.

Das Spektrum an Motiven war dabei sehr breit. Es reichte von blankem Opportunismus über Konformismus bis hin zu eingefleischtem Ideologentum.¹²² Daraus ergibt sich ein grundsätzlich methodisches Problem: Eine klare Einordnung der Motive ist im Fall Rostocker Professoren schon aufgrund der Quellenlage mitunter nicht oder bestenfalls situativ möglich. Für die Mecklenburgische Landesuniversität ist zu beachten, dass nicht nur die Hochschule und ihre Wissenschaftler ihre Ressourcen den zentralen Instanzen des NS-Regimes anboten. Auch die Schweriner Landeskultusverwaltung – und damit ein Teil der (Wissenschafts-)Politik – stellte Überlegungen an, wie sie die wissenschaftlichen Ressourcen der Universität einsetzen könnten, um den Hochschulstandort auszubauen. Denn dafür benötigte sie politische Ressourcen und vor allem Finanzmittel, wofür die Zustimmung des Reichserziehungs- und des Reichsfinanzministeriums unabdingbar war.

Vergleiche werden gemeinhin in der Geschichtswissenschaft – speziell auch für die Beschäftigung mit Hochschulen während der NS-Zeit – immer wieder als methodischer Zugang angeregt.¹²³ Die vorliegende Studie verzichtet aber auf komparatistische Ansätze. Sie versteht sich vielmehr als quellengestütztes Grundlagenwerk, das angesichts des bisher nur unzureichenden Forschungsstandes anhand von Fallbeispielen die Universität Rostock in ihrem regionalen Umfeld beim Übergang und während der nationalsozialistischen Diktatur untersucht. Basierend darauf könnte ein Vergleich mit anderen Hochschulen erfolgen, doch dies mag aus besagten Gründen weiterführenden Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Die Studie verzichtet außerdem auf die Unterscheidung zwischen den Idealtypen »Grundlagen-« und »Zweckforschung«. Dies begründet sich damit, dass es sich hier nicht um eine reine Wissenschaftsgeschichte handelt, weshalb eine derartige terminologische Binnendifferenzierung unnötig erscheint. Es kann aber auch davon

120 Vgl. Hachtmann, *KWG 1933 bis 1945*, S. 28. – Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1211–1215. – Maier, *Technische Hochschulen*, S. 26, 32 f. – Mehrstens, *Kollaborationsverhältnisse*, S. 16–22.

121 Heinemann, *Einleitung*, S. 9.

122 Michael Grüttner konstatierte etwa, dass der fehlende Widerstand von Wissenschaftlern gegen diktatorische Regime des 20. Jahrhunderts nicht bloß mit ideologischer Sympathie zu tun hat. Vielmehr hätte auch die Hoffnung darauf, dass die eigene Forschung und möglicherweise auch Karriere von den neuen Bedingungen profitieren könnten, eine Rolle gespielt. Vgl. Grüttner, *Universität und Diktatur*, S. 268 f., 275 f.

123 Vgl. etwa Schleiermacher, *Hochschule in politischen Umbrüchen*, S. 11.

abgesehen werden, weil solche Analysekategorien sich gerade im Hinblick auf die NS-Zeit als wenig hilfreich erwiesen haben. Zudem ist es schwierig, zwischen beiden Forschungen methodisch sauber zu trennen. Schließlich sind andere Aspekte wichtiger, etwa die Frage, ob eine Forschung vom NS-Staat gefördert wurde oder nicht. Erst daran lässt sich der Stellenwert von Forschung oder von Forschungsansätzen erkennen. Hinzu kommt, dass das NS-Regime sehr wohl Grundlagenforschung voranbrachte oder sie anwendungsorientiert durchgeführt wurde. Der in der älteren Wissenschaftsgeschichte des »Dritten Reiches« exkulpatorische Charakter der Grundlagenforschung als vermeintlich unpolitische Wissenschaft oder gar als widerständiges Verhalten von Wissenschaftlern ist durch die neuere Historiographie überdies längst widerlegt worden.¹²⁴

In dieser Studie geht es vielmehr darum, ob das Agieren der regionalen hochschulpolitischen Akteure erfolgreich war oder nicht. Ein messbarer Indikator für materiellen Erfolg oder Misserfolg war dabei die Akquise von Geld oder der institutionelle Ausbau – wie etwa neue universitäre Einrichtungen oder Professuren –, wobei Letzteres oft Ersteres bedingt.¹²⁵ Ein weiteres quantifizierbares Erfolgsmerkmal ergibt sich daraus, ob die selbstgesteckten Ziele erreicht wurden. Hierbei sind äußere Umstände mit zu beachten, auf die die Akteure oft keinen Einfluss hatten: So wirkte sich etwa der Kriegsbeginn 1939 auch dahingehend negativ aus, dass der mecklenburgische Landeshaushalt pauschal um ein Drittel gekürzt wurde, was sich zwangsläufig im Hochschuletat bemerkbar machte.¹²⁶ Während des Zweiten Weltkrieges selbst kam ein neuer Erfolgsindikator hinzu: Er bestand im Wesentlichen darin, ob es gelang, etwa ein Forschungsvorhaben als kriegswichtig eingestuft zu bekommen. Damit verbanden sich zugleich entsprechende Sonderstufen oder sogar Ausnahmegenehmigungen, um beispielsweise Sparverordnungen umgehen oder um Zugriff auf materielle und vor allem auch personelle Ressourcen erhalten zu können.¹²⁷

124 Vgl. Ash, *Wissenschaft und Politik*, S. 41–43, 47. – Hachtmann, *KWG 1933–1945*, S. 19. – Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 56–58. – Isabel Heinemann: *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*. Konrad Meyer, der »Generalplan Ost« und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Heinemann, *Wissenschaft – Planung*, Stuttgart 2006, S. 45–72, hier S. 45. – Maier, *Technische Hochschulen*, S. 41–45.

125 Vgl. Hachtmann, *Eine Erfolgsgeschichte*, S. 7. – Hachtmann, *KWG 1933–1945*, S. 29, 51.

126 Vgl. UAR, 1.07.0, Akte K 071-0044.1, Bl. 25, Kuratorium an den Herrn Direktor des Seminars für niederdeutsche Sprache vom 14.8.1940. Ähnliche Schreiben sind auch in den Etat-Akten anderer Institute zu finden.

127 Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 211. – Helmut Maier: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*, Bd. 2 (= *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bd. 16/2), Göttingen 2007, S. 638–660 (künftig zitiert: Maier, *Forschung als Waffe*, Bd. 2).

Für das Selbstverständnis und damit zugleich eine Triebkraft der Akteure war ein weiterer Faktor wichtig. Die Hochschulen drohten zunehmend auf die Funktion einer akademischen Ausbildungsstätte reduziert zu werden, da Forschung verstärkt außeruniversitär stattfand. Angesichts der schon vor Kriegsbeginn drastisch sinkenden Studierendenzahlen suchten gerade die Vertreter von Hochschulen diesem Trend durch verstärkte Forschungsanstrengungen entgegenzuwirken.¹²⁸ Zugleich sorgten sich die regionalen hochschulpolitischen Akteure um die Zahl der Immatrikulationen an der Mecklenburgischen Landesuniversität und wollten diese möglichst erhöhen. Denn schließlich legitimierte sich in dieser Logik der Bestand einer Hochschule nicht zuletzt durch das Vorhandensein von Studierenden.

Abschließend bleiben noch ein paar kurze Bemerkungen zum Begriff der »Landesuniversität«: Obwohl ein Großteil der Immatrikulierten nicht aus Mecklenburg, sondern aus Preußen kam¹²⁹ und die Professoren zumeist nicht aus Mecklenburg stammten,¹³⁰ sprachen Zeitgenossen dennoch häufig von der »Landesuniversität«. Dies geschah bei verschiedenen Anlässen, selbst in den Haushaltsplänen des Landes Mecklenburg verwendete man diesen Begriff.¹³¹ Auch wenn das REM die Auffassung vertrat, es könne spätestens seit Abschaffung der Länder des Deutschen Reiches 1934 keine Landeshochschulen im eigentlichen Sinne mehr geben,¹³² wird in der vorliegenden Studie dennoch diese Bezeichnung gebraucht. Schließlich war Rostock die einzige Universität des Landes Mecklenburg. Und als solches war sie – wie Universitäten anderswo auch – nicht nur zentral für die Ausbildung der regionalen Eliten, sondern zugleich immer auch prestigeträchtig für das Land.¹³³ Allein schon deshalb ist es gerechtfertigt, den Terminus »Landesuniversität« beziehungsweise »Mecklenburgische Landesuniversität« zu benutzen.

128 Vgl. Universität Jena, S. 483. – Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 301–304. – Ash, *Wissenschaft und Politik*, S. 42. – Nagel, *Das REM*, S. 284–287.

129 48,1 Prozent aller Studenten kamen aus Preußen. Mit 24,8 Prozenten stellten die Immatrikulierten aus den beiden Mecklenburg mit deutlichem Abstand die zweitgrößte Gruppe. Vgl. Deinert, *Die Studierenden der Universität Rostock*, S. 399.

130 Von den 189 Professoren, die Michael Buddrus und Sigrid Fritzlar für die NS-Zeit in Rostock untersucht haben, sind lediglich elf gebürtige Mecklenburger. Vgl. Buddrus, *Professorenlexikon*, S. 15.

131 Vgl. exemplarisch Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), 05.12.07/01, Akte 287, Akte 287|1, Akte 289, Akte 291, Akte 631, Bl. 24, 28, 57–60, Akte 1657, Bl. 328, Akte 627, Bl. 99–103. – UAR, 1.03.0, Akte R 01 C 01, Bl. 129, Akte R 02 C 03, Bl. 3, Akte R 08 C 02.2, Bl. 65 f. – UAR, 1.07.0, Akte K 066-0820.1, Bl. 7, 167 f.

132 Vgl. Nagel, *Das REM*, S. 325.

133 Vgl. etwa Daniels, *Geschichtswissenschaft*, S. 9, 13, 92.